

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozinenpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich. Bringerlohn monatlich 50 Pf. nach der Post bezogen vierjährig. Nr. 2,75, unter Kreisband für Deutschland und Österreich-Ungarn. Nr. 6 — Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465.
Sprechstunde am Montag von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abgaben werden die gesetzte Zeitung zu 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinanzeigen 25 Pf. Mindestens bis höchstens 1/10 Uhr fällig in der Expedition abgeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 50.

Dresden, Montag den 3. März 1913.

24. Jahrg.

Das ungeduldige Volk.

Die Norddeutsche über die Militärvorlage. — Das einmalige Opfer der Vermögenssteuer.

Das verschleierte Bild von Sals, die große neue Militärvorlage, wird jetzt vom Regierungsbüro ein wenig enttarnt. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung macht einige Anzeigungen über den Stand der Vorbereitungen für die Vorlage sowie über ihren Umfang und über die Kostenabschaffung. Allerdings sind es sehr drückende Andeutungen, die nur darüber keinen Zweifel lassen, daß die Vorlage den vermeintlichen Forderungen der Wehrvereinheit und Rüstungstreiber vollständig entsprechen wird.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat die dritte Stelle, es so darzustellen, als müsse die Regierung vor dem deutschen Volke Entschuldigung suchen, daß es mit der Einbringung der Militärvorlage so lange dauert! Man gedreht sich, so sagt das Regierungsbüro, die Köpfe, warum die Regierung mit der Einbringung der Heeresvorlage ägert. Im deutschen Volke sei die Überzeugung von der Notwendigkeit der Vorlage tief eingewurzelt. „Daher ist die Ungeduld im Volke auch erklärlich. Diese wird nicht enttäuscht werden.“ Auch die Erwartung im Volke auch erklärlich. Diese wird nicht enttäuscht werden.“ Das ist denn doch die deutlichste Verkennung der Empfindungen, mit denen das deutsche Volk der neuen Vorlage entgegensteht. Es ist eine Unzufriedenheit, wenn das Regierungsbüro, um Rüstung für die Militärforderungen zu machen, den Anschein erwecken will, als lehne sich das deutsche Volk geradezu nach den neuen Rüstungsvermehrungen, nach den neuen riesigen Opfern an Gut und Blut.

Wer ist denn „das deutsche Volk“, von dem die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sagt, daß es gar nicht mehr erkennt könne, bis die neue Bescherung da ist? Das sind höchstens einzelne kleinere Schichten, vertriebene Norddeutschland und rassinierte Proletarien. Über die große Masse des deutschen Volkes, ganz abgesehen von den Sozialdemokraten, sieht wahrscheinlich nicht mit ungeduldiger Erwartung, sondern mit sehr gemischten und sehr bangen Gefühlen der neuen Rüstungsvorlage und zugleich den mit ihr im Zusammenhang stehenden neuen Rüstungen der anderen europäischen Staaten entgegen.

Seit dem Ausbruch des Balkankrieges sind die Männer von Unruhe erfüllt. Die Hoffnung, daß mit der Beendigung des Balkankrieges endlich einige Verhüllung einfallen könnte, wird nun grausam enttäuscht durch die plötzlichen Entwicklungen zu weiteren, allen bisherigen weit übersteigenden Rüstungsplänen. In Deutschland wurde der neue Rekord des Rüstungswahns aufgestellt. Frankreich und Russland treten logisch in den Mittelaus ein, und Österreich und andere Staaten wollen auch dabei sein. Statt der Entspannung der europäischen Lage wird eine Spannung sich entwickeln, schärfer und gefährlicher als je. Statt Friedenssicherung, von der uns die Militärischen wieder fabeln, werden die neuen Rüstungen die allergrößte Friedensgefährdung herbeiführen!

Das Volk ist ungeduldig und voll Sorge über den Verlauf der politischen Dinge, über die neueste Phasen des internationalen Weltkriegs. Das Volk ist von Groß und Klein erfüllt gegen die Rüstungstreiber, die aus Europa ein immer furchtbareres Waffenlager machen, die den Gegenseit der Nationen aufs äußerste treiben, den Kulturfortschritt zerstören und den ungeheuresten Weltkrieg vorbereiten.

Die Mitteilungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung laufen wie folgt:

„In der Offenbarkeit und der Presse verbreicht man sich die Rolle darüber, warum die Regierung mit der Einbringung der Heeresvorlage ägert. Von einem Bogen kann aber gar nicht die Rede sein, die Vorlage ist eben noch nicht so weit, daß sie bereits eingebracht werden könnte. Auch von einem „Verpassen“ der Gelegenheit darf man nicht sprechen; denn der Entschluß, unsere Wehrkraft erneut zu verstärken, ist, wie an dieser Stelle bereits Witte bestimmt angekündigt wurde, ab bald nach dem Umschwung der Bevölkerung im Südosten Europas gefaßt worden. Wie das zu gegebenen habe heutige gründlichste Erwirkung, und zwar um so mehr, als es für uns nicht auf einen Bluff des Auslandes ankommen, sondern nach dem Ernst der Lage sich nur um den wohlüberlegten, großzügigen Ausbau unserer Wehrkraft unter Ausnutzung des gesamten bisher noch liegenden Teiles des wehrfähigen Volkes handeln könnte. Vorbereitung wäre, wenn irgendwo, gerade hier schädlich gewesen. Sie für die Durchführung dieser wie aller Maßnahmen auf dem Gebiete des Heeresfests grundlegende Entscheidung des Kaisers fiel im Januar. Seit diesem Zeitpunkt sind die beteiligten Stellen der Reichsregierung mit Übertragung der gefahrene Entscheidung in die nun einmal notwendige Staats- und Gesetzestorm mit Anspannung aller Kräfte beschäftigt, und wenn es gelingt, die Vorlage um die Mitte dieses Monats an den Bundesrat zu bringen, so ist mit einer angemessenen Zeitung, die allerdings nur derjenige erwartet, in der Voge ist, der sie selbst einmal zu lassen gehabt hat. Wenn dann der Reichstag die Vorlage noch vor Blützen unter Dach bringt, so ist auch keine Zeit verloren; denn die geforderten Heeresverstärkungen können förmlich mittelst am 1. Oktober 1913 durchgeführt werden. Nach Einschätzung der zweijährigen Dienstzeit ist ein anderer Zeitpunkt als

derhardt für die Durchführung größerer Organisationsänderungen nicht möglich ohne eine bedeutsame Erhöhung des Gesamtorganismus des Heeres und ohne Schädigung der fortwährenden Ausbildung der bestehenden Truppenteile. Um die nötigen Vorbereitungen zu treffen, ist es allerdings erforderlich, daß die Heeresverwaltung sydetens um Pfingsten die Vorlage zum Oberst erhoben sieht. Wenn man aber befürchtet, daß die einer großen Heeresvorlage günstige Stimmung im Volk und Parlament ablaufen könnte, so schähen wir beide höher ein. Nicht augenblickliche Stimmungen sondern die lieferungswerte Überzeugung von der Notwendigkeit, unsere Rüstung nachhaltig zu verstärken, wenn wir uns in der kommenden Vorlage den Boden im deutschen Volke bereitet, wie das seit langer Zeit bei keiner Heeresvorlage der Fall gewesen ist. Daher ist die Ungeduld und die Erwartung im Volke auch erklärlich. Diese wird nicht enttäuscht werden.“

Auch die Festungsfrage wird ebenfalls erledigt. Wie wir erfahren, besteht bei der Reichsleitung die Absicht, die wegen ihres Höhe ganz besonders ins Gewicht fallenden einmaligen Kosten der Heeresvorlage durch eine einmalige Abgabe von Vermögen zu decken.“

Wir erfahren aus der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung nichts Näheres über Umfang und Art der bevorstehenden Vorlage. Wir hören nur, daß es sich um einen „großzügigen Ausbau unserer Wehrkraft unter Ausnutzung des gesamten bisher noch liegenden Teiles des wehrfähigen Volkes“ handeln soll. Das heißt, wie schon vermutet wurde, es sollen jährlich an 50000 Mann mehr in das Heer eingestellt werden. Wir erfahren nicht, ob durch diese Neureinstellungen nur die Erhöhung der Staatskosten der bestehenden Truppenteile erreicht werden soll, oder ob etwa auch neue Armeekorps zur Aufstellung gelangen sollen. Jedenfalls sollen auch zahlreiche neue Offiziersstellen geschaffen werden. Es wird bereits von anderer Seite eine bedeutende Erweiterung der Kadettenschulen angekündigt.

Der Grundtag, daß jeder Mannschaftsangehörige zum Dienst für das Vaterland ausgebildet werden soll, ist gerade von der Sozialdemokratie fest verstrebt worden. Wir könnten es als unseren Erfolg begrüßen, daß der heutige Staat unseren Grundtag der Volkswehr, der allgemeinen Wehrhaftigkeit anerkennt muß. Über der heutige Staat verwandelt den vor trefflichen Grundtag in eine abschreckende Karikatur. Es soll nicht das Volk in Waffen gefasst werden, sondern der großzügige Ausbau unserer Wehrkraft soll darin bestehen, daß das völkerfeindliche militärische System mit allen seinen Privilegien für die bevorzugte Klasse und mit allen seinen Ungerechtigkeiten für das arbeitende Volk bis an die Grenzen des Möglichen erweitert und auf die Spitze getrieben wird. Nur erfaßt nicht das geringste davon, daß die deutsche Wehrkraft, da sie so große neue Opfer vom Volke bezieht, auch im Volksinne verbessert werden soll. Keine Rede davon, daß der Gegner, der die Offizierskosten von den übrigen Soldaten trennt, gemildert werden soll. Keine Rede davon, daß die Unterschiede in der Dienstzeit, daß das Recht der Einjährigen freiwilligen befreit werden soll. Zehntausende Söhne der Bauern, der Handwerker, der Arbeiter sollen mehr in die Kaserne gestellt werden, aber die privilegierte Stellung der Söhne der Besitzenden soll niemals angetastet werden. Und ob mag das Regierungsbüro zu behaupten, „das deutsche Volk“ erwarte eine solche Heeresvorlage mit Ungeduld!

Es kann zugestanden werden, daß die mit der Vorbereitung der Vorlage besetzten Verhölden fleißig gearbeitet haben. Natürlich, seitdem die Militäristen Anfang Januar den Kaiser für ihre Ansicht gewonnen haben, seitdem Wilhelm II. die Befehle erteilt hat, arbeitet man mit Vollzähligkeit in den Büros des Kriegsministeriums. Der preußische Kriegsminister Herr v. Peerling, der vor knapp dreißig Jahren die Vorlage von 1912 als völlig ausreichend erklärt hatte, mußte nun alle Kräfte anspannen, um die Befehle seines Gehörers zu erfüllen. Witte Wärts soll die Vorlage an den Bundesrat gelangen, gleich nach Ostern soll die Beratung im Reichstag beginnen. Und dem Reichstag wird zugemutet, daß er neben den anderen unaufdrückbaren Arbeiten die Heeresvorlage bis Pfingsten fix und fertig stellt. Die Beratung so wichtiger Fragen, so kostspieliger Vorschläge soll überwiegend gebrochen werden. Die Parteien sollen bestimmtlos im Hurra stimmen, was Se. Majestät Militärismus fordert. Leider muß befürchtet werden, daß die bürgerlichen Parteien jeder Zunichtemachung des Militarismus sich gefügt zeigen werden.

Sehr bemerkenswert sind die Mitteilungen, die die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zur Festungsfrage macht und nicht macht.

Es wird angekündigt, daß die hohen einmaligen Kosten der Vorlage — also z. B. für neue Kasernenbauten, Lagerplätze, Befestigungen — nicht durch eine Anleihe, sondern durch eine Besteuerung des Vermögens getragen werden sollen. Eine solche Maßnahme der Regierung darf die Sozialdemokratie als ihren Erfolg buchen. Ganz gewiß hätten die deutschen Wähler im Januar 1912 die frühere Mehrheit wieder in den Reichstag gesetzt, so wahrhaftig jetzt die

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung teilt mit, daß die einmaligen Ausgaben für die Rüstungsvermehrung durch eine einmalige Vermögenssteuer getragen werden sollen.

Die Arbeitgeber im Malergewerbe haben die Schießprüfung der Unparteiischen abgelehnt. Die Generalversammlung der Maler beschloß den Kampf aufzunehmen.

In der Nähe von Berlin wurden zwei Automobilinfassen durch einen verbrecherischen Anschlag gestohlen.

Bei einem Zugunfallkombination wurden im England 35 Personen getötet.

In den nächsten Tagen soll in Konstantinopel wie in Sofia die Rüstung gestellt werden, die gesamte Zivilbevölkerung von Adrianopel abziehen zu lassen.

Regierung einen solchen Steuervorschlag nicht machen. Im Reichstag der 110 Sozialdemokraten ist aber ein gewisser Einigegang in der Steuerfrage nicht zu vermeiden. Jedoch, selbst wenn die Regierung Barthmann-Dölling ein Geschenk bringt, so muß man fragen, was noch dahinter steckt. Wie hoch die einmaligen Ausgaben für die neue Heeresvorlage sich belaufen werden, darüber wird noch nichts verraten. Man spricht von 600 Millionen, sogar von einer Milliarde. Kein Wort aber sagt das Regierungsbüro über die fortlaufenden, jedes Jahr wiederkehrenden Ausgaben, die aus der neuen Vorlage erwachsen und auf 200-250 Millionen geschätzt werden. Es scheint, als sollen die Vermögens- und Millionäre durch eine einmalige Zahlung einen Losaufschlag für die Zukunft erhalten, während die fortlaufenden Mehrkosten der arbeitenden Bevölkerung zur Last fallen werden. Die Befindenden sollen einmal zahlen, das Volk soll immer zahlen!

Neben die einmalige Vermögensbesteuerung gibt die Berliner Volkszeitung folgende Berechnungsprobe:

Nehmen wir an, die einmaligen Ausgaben belaufen sich auf 500 Millionen, wie meist angegeben worden ist. Das deutsche Volk verdient in von nationalökonomischer Seite auf 350 Milliarden (350 000 000 000) berechnet werden. Von diesen 350 Milliarden Vermögen stellen 500 Millionen — 1/2 Milliarde den 700. Teil dar. Es würde also bei gleichmäßiger Verteilung aller Vermögen den 700. Teil seines Vermögens als einmaliges Opfer bargebunden haben. Danach ist zu berechnen, wieviel im Falle der Annahme der einmaligen Steuer auf die einzelnen Zinsen kommt, nämlich bei

50 000	Mark Vermögen	etwa 70 Mark
100 000	*	140
200 000	*	280
300 000	*	420
500 000	*	700
1 000 000	*	1400

u. s. w.

Nun fallen aber, wie die Ril.-Vol. Korr. behauptet, die Vermögen bis 30 000 oder auch bis 50 000 M. von der Steuerfreiheit freibleiben. Folglich würden die darüber hinausgehenden Vermögen besteuert werden; vielleicht wird eine noch oben hin liegende Begrenzung eingerichtet werden, so daß die Säge mit den zunehmenden Millionen prozentual höher werden. Über alle diese Dinge wird man nach den Einzelheiten abzuwarten haben.

Bundesfürsten und Rüstungskosten.

Das Berliner Tageblatt behauptet, aus absolut zuverlässiger Quelle erfahren zu haben:

Die einmalige Abgabe vom Vermögen, die zur Deckung der einmaligen Militärausgabe gefordert wird, wird an keinerlei erheblich sein und dem Volke sehr bedeutsame Opfer auferlegen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß sie ein halbes Prozent betragen wird. Dagegen ist es wahrscheinlich, daß die kleinen Vermögen — etwa bis zu fünfzigtausend Mark — vor der Abgabe bestehen bleiben. Die kleineren Vermögen der Bundesfürsten werden, wie bestimmt verkündet kann, zu dieser Abgabe herangezogen werden. Die Nachricht aber, daß die Steuerfreiheit der Bundesfürsten aufgehoben werden soll, trifft nicht zu.

Allio die Steuerfreiheit der Landesfürster und ihrer Familien soll aufrechterhalten bleiben. Dem Volke werden dauernd neue Milliarden Kosten auferlegt. Die Herren Kürsten aber mit ihren Millionenvermögen sollen mit einer verhältnismäßig unbedeutenden einmaligen Zahlung davonkommen.

Eine Besprechung der Bundesräte.

Über die am Sonnabend stattgefundenen Sitzung der stimmberechtigten Mitglieder des Bundesrats weiß der halböffentliche Berliner Postanzeiger zu berichten:

Wein und Schläfe natürlich, dem vorbereitenden Charakter dieser Konferenz entsprechend, nicht geläufig wurden, so diente doch der Bundesrat für den Vorschlag einer „Kriegsteuer“, wie sie hier geplant wird, vorwiegendlich erheblich sein und dem Volke sehr bedeutsame Opfer auferlegen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß sie ein halbes Prozent betragen wird. Dagegen ist es wahrscheinlich, daß die kleinen Vermögen — etwa bis zu fünfzigtausend Mark — vor der Abgabe bestehen bleiben. Die kleineren Vermögen der Bundesfürsten werden, wie bestimmt verkündet kann, zu dieser Abgabe herangezogen werden. Die Nachricht aber, daß die Steuerfreiheit der Bundesfürsten aufgehoben werden soll, trifft nicht zu.

Alio die Steuerfreiheit der Landesfürster und ihrer Familien soll aufrechterhalten bleiben. Dem Volke werden dauernd neue Milliarden Kosten auferlegt. Die Herren Kürsten aber mit ihren Millionenvermögen sollen mit einer verhältnismäßig unbedeutenden einmaligen Zahlung davonkommen.

Radeberg! M.-K.

Gessentl. Versammlung

Tiendag den 4. März 1913. abends 8¹/₂ Uhr
im Gathof zum Rok.
T.O.: „Auf welcher Grundlage ist die Gründung nur einer
gemeinnützigen Baugenossenschaft in Radeberg möglich?“
Hierzu freie Diskussion!

Jeder von der Wohnungsnutzen Betroffene, insbesondere aber die
Mitglieder der Baugenossenschaften, ist hierzu eingeladen.
Zahlreichen Besuch erwartet. Die Gesamtverwaltung
der gewerbländigen Baugenossenschaft Radeberg.

K 288
Bolzgesundheit : Dresden

Mittwoch den 5. März, abends 8¹/₂ Uhr, im Orpheum, Naumburger Straße

Vortrag des Herrn A. Scholte, Weinböhla über:

**Das Geschlechtsleben in der Ehe und
das Problem des Geburtenrückgangs.**

Mitglieder frei, für Gäste 25 Pf. Neuankommende haben
freien Eintritt. [V 221]

Telephon 17 760 u. 17 812.

Sarrasani

Dienstag den 4. März, abends 7¹/₂ Uhr

Wiederauftreten
Max Kortan, des menschlichen Aquariums.

Ringkampf.

Championat
um die Meisterschaft Europas. Heute ringen:

Paul Fischer, Dresden	gegen	Boris, Brandenburg
Kotewiler, Serbien	gegen	François, Eisass
Blitz-Herzog, Schweiz	gegen	Rothenfesser, Bayern
Debie, Rheinland	gegen	Steurs, Belgien
Entscheidungskampf Beckling, Leichtgewichtsmatr. gegen Max Schwarz, Berlin	gegen	

Vorverkauf: An der Cirenskasse.
Im Warenhaus H. Herzfeld.
In allen Zigarettengeschäften von L. Wolf.

Zum Freunden, Bekannten und Nachbarn zur Mitteilung, daß wir das
Restaurant Leisniger Straße 12

frühestens übernommen haben. Indem wir versichern, bestrebt zu sein,
durch S. Überse und Getränke und eine dauernde Rundfahrt zu
sicher, bitten wir, daß unserm Vorgänger bewiesene Wohnwagen
auch auf uns zu übertragen.

B 284] Hochachtungsvoll R. Schwitzing u. Frau.

Afrikanisches Konzerthaus

Grosse Brüdergasse 23.

Ab 1. März

Nen! Die bayrischen Nachtigallen Nen!
Vorzugl. und bestes Tanz- und Gesangs-Ensemble
und die fidele Grasmücken-Kapelle.

Angenehmes Familienlokal.

Einem geehrten Publikum, werten Gästen, Freunden, Bekannten
und Nachbarn die höfliche Mitteilung, daß wir das

Restaurant, Rosenstraße 93

übernommen haben. Wir werden bestrebt sein, die uns beeindruckende
Gäste auf das prompteste und redest zu bedienen und bitten um
gütige Unterstützung. Gestraffte Biere. Vorzügliches Mittagsstift.
K 60] Hochachtungsvoll Karl Emmrich und Frau.

Verlag Laden & Comp., Dresden
Swingerstraße 12/14.

Soeben erschienen:

Die Landgemeindeordnung

Ein Führer durch die Gemeindegerichte Sachsen

152 Seiten Kleinformat.

Preis broschiert 1.25 Mk.

Sitzung.

Mittwoch den 5. März
abends 7 Uhr [V 71]

Möbel

in edler und luxuriöser Belebung mit dem direkt aus Wilsdruff vom
meisten der Großhandel bedeutend billiger.

Permanentes Lager in Polster- u. Tischler-
Möbeln, Stühlen, Spiegeln usw. usw.
Zubehör wird ergänzt. Lieferung fast aus Sache.
Höherjährige Garantie, von der Elbross Tapetenarbeitsanstalt.

Erstes Kulmbacher

Keine Vorbildung. Vollständige
Ausbildung zu Werkmeistern.
Maschinen- u. Elektrotechnikern b. für
Studiendauer [B 286]

Ausk. u. Einschreib.
tagl. nur von 7-9 Uhr abends.
Sonnt. u. Feiert. v. 11-1 Uhr vorm.
Abend-Unterricht. DRESDNER TECHNIKER-KURSE
nachweisbar.
Bsp. 1. Semester vor
Nach den ge-
Sachen 887 v. 1907: 704.
mit noch 54.
Es ist also die
die Vermindere
Stellenvermittlung
176 nur neben
Gelehrte. 9
und 120 fogar.
Es wurde
Vermittlung
habe und nur
meigen gegli-
15 602 ab 18.8.9.
auf das Gewer-
84 541 (66,7 %).
Sächsische Dien-
Dazu bemerk-
Stellenbegrenzung
gewerbes, e-
tannen, von
durch gewerbs-
In den Gro-
sten Stellen
Herrinnen.
Sachen über-
Angaben, daß
evidenter häu-
Die gro-
auf die Witten-
auf die Landge-
die übrigen La-

Reisszeuge

Reissbretter, Schienen, Winkel

überhaupt alle Zeichengeräte empfehlen

Grünberg & Co.,

Dresden-L., Kreuzstraße 6, neues Rathaus. [A 287/18]

Grüne Heringe

5 Pfund 50 Pf.

Schellfisch Brach-
fische, Pf. 30 Pf. | Seelachs ohne Kopf 25 Pf.

Feinster Kabeljau ohne Kopf 25 Pf.

Echte Kieler Sprotten 2-Pfund-Dose 1.00 gr.
Feinster Hering in Gelee 2-Pfund-Dose 60 Pf. 1-Pfund-Dose 32 Pf.

Nordsee Webgalle 30
Telephone 2471

Größte Hochseefischerei-
Gesellschaft Deutschlands.

+ Frauen! + Ich muss
Zu der Regel- reden

mäßigkeit der sich wiederholenden
Glocke meiner Wert. Damenkunde
hoben Sie den besten Beweis
d. d. Güte meiner Ware. Ausdrucks-
Festband. Amor, Frauen-
straße 8 n. 10. [A 169]

Ausverkauf wegen vollständiger
Geschäftsauflösung

Sortiments in herrlicher
Auswahl. Teppiche, Säulen-
kissen, Gardinen und Tischedekken
in jedem erreichbaren Preis.

Kupfermann Pillnitzer Straße 14.1.

H. Löffler 60 Wettiner-
straße 50.

Tüttige Rennmäher für Stahlformguß stellt so ein
Torgauer Stahlwerk, A.-G.

Organ.

Liedgälder (guter Groß-
vaterbedarf)
für Gemüse- u. Obst. Schneider
für Extra-Brotbacken bei bauernder
Beschäftigung steht jetzt Paul
Kofahl, Bühl (Baut.). [A 124]

Berantwortlich für den rebalkenellen Teil:
Mag. G. & S. Dresden-Gitterstadt.
Berantwortlich für den Untersteinen:
Reinhold Göttsche Dresden.
Dorf und Dorf: Laden & Comp. Dresden.

Zum Jahrmarkt!

1. Mai 1913
in Dresden Webergasse

Nur 28 vis-a-vis d. Krügers Buttergeschäft

kauf man herzlich getragene

Herr- und Damen-Karderolle!

Die Mahagonie von 7,50 M. an

dem neuen Weinkeller, d. 10 M. an

Stein-Großraum eines Anfangs erhält

jeder Kunde eine Weste gratis!

Nur 28 vis-a-vis d. Krügers Buttergeschäft

kauf man herzlich getragene

Herr- und Damen-Karderolle!

Die Mahagonie von 7,50 M. an

dem neuen Weinkeller, d. 10 M. an

Stein-Großraum eines Anfangs erhält

jeder Kunde eine Weste gratis!

Nur 28 vis-a-vis d. Krügers Buttergeschäft

kauf man herzlich getragene

Herr- und Damen-Karderolle!

Die Mahagonie von 7,50 M. an

dem neuen Weinkeller, d. 10 M. an

Stein-Großraum eines Anfangs erhält

jeder Kunde eine Weste gratis!

Nur 28 vis-a-vis d. Krügers Buttergeschäft

kauf man herzlich getragene

Herr- und Damen-Karderolle!

Die Mahagonie von 7,50 M. an

dem neuen Weinkeller, d. 10 M. an

Stein-Großraum eines Anfangs erhält

jeder Kunde eine Weste gratis!

Nur 28 vis-a-vis d. Krügers Buttergeschäft

kauf man herzlich getragene

Herr- und Damen-Karderolle!

Die Mahagonie von 7,50 M. an

dem neuen Weinkeller, d. 10 M. an

Stein-Großraum eines Anfangs erhält

jeder Kunde eine Weste gratis!

Nur 28 vis-a-vis d. Krügers Buttergeschäft

kauf man herzlich getragene

Herr- und Damen-Karderolle!

Die Mahagonie von 7,50 M. an

dem neuen Weinkeller, d. 10 M. an

Stein-Großraum eines Anfangs erhält

jeder Kunde eine Weste gratis!

Nur 28 vis-a-vis d. Krügers Buttergeschäft

kauf man herzlich getragene

Herr- und Damen-Karderolle!

Die Mahagonie von 7,50 M. an

dem neuen Weinkeller, d. 10 M. an

Stein-Großraum eines Anfangs erhält

jeder Kunde eine Weste gratis!

Nur 28 vis-a-vis d. Krügers Buttergeschäft

kauf man herzlich getragene

Herr- und Damen-Karderolle!

Die Mahagonie von 7,50 M. an

dem neuen Weinkeller, d. 10 M. an

Stein-Großraum eines Anfangs erhält

jeder Kunde eine Weste gratis!

Nur 28 vis-a-vis d. Krügers Buttergeschäft

kauf man herzlich getragene

Herr- und Damen-Karderolle!

Die Mahagonie von 7,50 M. an

dem neuen Weinkeller, d. 10 M. an

Stein-Großraum eines Anfangs erhält

jeder Kunde eine Weste gratis!

Nur 28 vis-a-vis d. Krügers Buttergeschäft

kauf man herzlich getragene

Herr- und Damen-Karderolle!

Die Mahagonie von 7,50 M. an

Sächsische Angelegenheiten.

Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung in Sachsen.

Schwere Anklagen sind häufig gegen die gewerbsmäßigen Stellenvermittler erhoben worden. Es wurde auch auf den Kopf gelegt, daß sie stellenlos Personen einschlägig ausbeuteten. Zum großen Teil sind diese Vorwürfe auch berechtigt gewesen. Denn es hat sich ergeben, daß die Gebühren für die Stellenvermittlung außerordentlich hoch waren und in seinem Verhältnis zur Leistung des Stellenvermittlers standen. Durch das Reichs-Stellenvermittlungsgebot vom 2. Juni 1910 sollte der Ausbeutung stellenloser Leute durch die gewerbsmäßige Stellenvermittlung eingeschüchtert werden. Den Amtshauptmannschaften und städtischen Verordnungen wurde durch dieses Gesetz die Macht auferlegt, die Gebühren für die Stellenvermittlung ordnungsgemäß festzulegen. Das ist auch in Sachsen gelungen. Tabel sind die Gebühren unter grohem Geschrei der Stellenvermittler bedeutend herabgesetzt worden.

Ohne Zweifel ist dadurch vielen Stellenvermittlern die Existenz unmöglich gemacht worden. Doch kann man die Verbesserung, die eine notwendige Folge der Gebührenherabsetzung war, kaum bedauern. Nicht uninteressant ist es nun zu sehen, wie sich unter dem neuen Gesetz die gewerbsmäßige Stellenvermittlung in Sachsen gestaltet und entwickelt hat. Rätherlich gibt darüber eine Erhebung vom Januar 1912, deren Resultate in der soeben erschienenen Zeitschrift des Statistischen Landesamtes von dem Regierungssammler Dr. Pölle veröffentlicht werden. Es ergibt sich zunächst daraus, daß sich die Stellenvermittler vor der reichsgelebten Regelung stark vermehrten. Nach den gewerblichen Betriebszählungen gab es 1882 in Sachsen 897 gewerbsmäßige Stellenvermittler, 1895: 601 und 1907: 704. Die Zählung von 1912 aber ergab, daß 1911 nur noch 648 gewerbsmäßige Stellenvermittler existierten. Es ist also durch die Wirkung des Reichsgesetzes eine wesentliche Verminderung eingetreten. Von den 1911 noch existierenden Stellenvermittlern betrieben 867 das Geschäft im Hauptberufe, 176 nur nebenbei; 167 waren männlichen und 376 weiblichen Geschlechts. Dem Alter nach waren 516 (96 Proz.) über 30 und 120 sogar über 60 Jahre alt.

Es wurden 1911 insgesamt durch die gewerbsmäßige Vermittlung 128.007 Stellen besetzt, davon 108.847 für weibliche und nur 24.850 für männliche Personen. Nach Berufszählungen gegliedert, entfielen von den vermittelten Stellen 1.562 (18.6 Proz.) auf die Landwirtschaft, 3.485 (2.7 Proz.) auf das Gewerbe, 1.084 (0.8 Proz.) auf Handel und Verkehr, 8.451 (6.5 Proz.) auf Gastwirtschaft, 21.361 (16.6 Proz.) auf öffentliche Dienste und 724 (0.6 Proz.) auf sonstige Berufe. Dagegen bemerkte der Verfasser: „Einhalb zwei Drittel der Stellenbesetzung betrafen danach Hilfskräfte des Gastwirtschaftsvermögens, es handelte sich dabei hauptsächlich um Kellnerinnen, von denen allein über 60.000 im Jahre 1911 in Stellen nach gewerbsmäßiger Vermittlungsbüros gebracht wurden! In den Großstädten des Landes entfielen von 112.000 besetzten Stellen allein 68.000, also mehr als die Hälfte, auf Kellnerinnen. Da es nach der Berufszählung von 1907 in Sachsen überhaupt nur 4000 Kellnerinnen gibt, lehnen diese Angaben, daß der Stellenwechsel bei Kellnerinnen ein außerordentlich häufiger ist.“

Die große Mehrzahl der Stellenvermittlung ging in den uns exklusiven Städten vor sich, wo 111.626 festgestellt wurden, auf die Mittelstädte entfielen 11.819, auf die Kleinstädte 767, auf die Landgemeinden mit über 5000 Einwohnern 1010, auf die übrigen Landgemeinden 3466.

Am Vermittlungsbüro nahm die gewerbsmäßige Stellenvermittlung 1911 insgesamt 860.000 M. ein; von den Arbeitgebern sind 204.000 M., von den Arbeitnehmern 154.000 M. Gebühren bezahlt worden. Die Einnahmen sind nach dem Infrastruktur des Reichsgesetzes vom 2. Juni 1910 offensichtlich zurückgegangen. Denn mit wenigen Ausnahmen hatten die Vermittler aus den eingezeichneten Gebühren, neben denen Extravergütungen nicht erzielen werden dürfen, nur ein bescheidenes Einkommen. Bei neun Gehaltsarten der Vermittler belief sich 1911 der Ertrag aus den Gebühren, denen auch noch Geldabschüsse gegenüberstanden, auf weniger als 200 M. Petreie mit mehr als 300 M. Gebühreneinnahmen gab es nur 6, deren Sitz in Dresden und Leipzig war. Vier davon hatten 5000–6000 M. Einnahmen und zwei je 12.000–18.000 M. Hälfte von diesen Betrieben vermittelten ausschließlich Kellnerinnen. Die Durchschnittseinnahme der Vermittler betrug in Dresden 1300 M., in Leipzig und Chemnitz je 1500 M., in Plauen 1080 M. und in Bautzen 770 M. Die durchschnittliche Vermittlungsgebühr für eine Stelle betrug 280 M., höher war sie, zum Teil wohl infolge der verschiedenen Tarife, in Plauen mit 4.10 M., in Leipzig mit 4 M., in Bautzen mit 2.85 M., niedriger dagegen in Chemnitz mit 2.15 M. und in Dresden mit 2 M.

Angewiesen sind jedoch die Tarife für gewerbsmäßige Stellenvermittler in einigen Städten, besonders auch in Dresden, etwas erhöht worden, so daß jetzt die Einnahmen aus den Gebühren etwas höher sein werden.

Der „einstimmig gewählte“ Gemeindevertreter.

In Spreeberg wurde im Jahre 1908 bei der Gemeindeabstimmung der unanständige sozialdemokratische Kandidat, Schäfermeister Jährlig, mit 68 Stimmen gewählt. Auf einen Lehrer namens Grätz und einen Fleischbeschauer namens Roos entfielen je eine (1) Stimme. Eine Auslösung, wodurch den beiden lebendigen als Erstgewinner zu gelten habe, unterblieb. Roos wurde nun anständig. Daselbe wurde auch mit Jährlig und mußte er infolgedessen aus dem Gemeinderat ausscheiden. Man berief nun Bürgermeister den übrig gebliebenen einstimmigen Kandidaten Lehrer Grätz an seine Stelle. Unsere Genossen protestierten dagegen, da Lehrer Grätz doch gar nicht als Erstgewinner bestimmt worden war. Wenn sie nun glaubten, mit einer Bedrohung bei der Amtshauptmannschaft Löbau Erfolg zu haben, so sollten sie sich getäuscht haben. Daselbe war auch auf ihre Bedrohung bei der Kreishauptmannschaft Bautzen der Fall. Nun betrieben sie die Anfechtungsklage beim Oberverwaltungsgericht. Auch diesmal hat die Anfechtungsklage unter folgender Begründung abgewiesen:

Die nunmehr erhobene Anfechtungsklage ist ungültig, nach § 78 Abs. 1 des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit steht die Anfechtungsklage nur den Beteiligten, also, wie das Oberverwaltungsgericht in klarer Rechtsprechung angenommen hat, nur solchen Parteien zu, deren offizielle Rechte durch die an-

gethobene Entscheidung berührt werden. Zu dem Preis dieser Beteiligung gehören die Kläger nicht. Die Entscheidung über Einberufung eines neuen Gemeinderatsmitgliedes ergibt zwar nicht allein über den Einberufenen, sondern, weil für die Zusammensetzung eines neuen Gemeinderats bestimmt, auch über die durch den Gemeinderatsmitglied, aber in die Rechte des einzelnen Gemeinderatsmitgliedes oder gar des einzelnen Gemeindebezirkes greift. Sie nicht einen Rechtsanspruch auf richtige Zusammenstellung des Gemeinderats erkennt das Gericht den einzelnen Gemeinderatsmitgliedern nicht zu. Auftreffend haben daher die Vorwürfe die Eingaben der Kläger als Aufsichtsbehörden behandelt. Gegen Absehung des mit Aufsichtsbehörde wiederholte Einschreitens aber ist, wie das Oberverwaltungsgericht gezeigt hat, die Einschreitungsallage nicht gegeben.

Wenn also eine Aufsichtsbehörde in einer fehlerhaften Behandlung der einschlägigen Belehrungsbestimmungen auf eine eingegangene Weiswerde hin eine Unmöglichkeit nicht erblicken will, dann fahrt sie diese Weiswerde als Aufsichtsbehörde aus, und der ungefährliche Zustand ist funktioniert. Da hat man es leicht, berechtigte Weiswerden beiseite zu schicken.

Die Landgemeindeordnung Ein Führer durch die Gemeindegefechte Sachsen.

Unter diesem Titel ist ein vom Genossen Otto Uhlig verfaßtes Handbuch erschienen. Es soll ein Leitfaden für unsere in den Gemeindeparlamenten tätigen Genossen, aber auch für jeden Nicht-Gemeindeparlamentarier sein.

Im instruktiver Weise behandelt es die wichtigsten Gebiete der Landgemeindeordnung und der Steuergesetzgebung Sachsen, die durch die neue Gesetzgebung von 1912 wesentlich geändert und zum Teil von Grund auf neu geregelt worden sind.

Wir hoffen damit namentlich den Arbeiterschaft und ihren Vertretern ein wichtiges Hilfsmittel bei ihrer öffentlichen Tätigkeit an die Hand zu geben, und bitten um freundliche Aufnahme und geeignete Empfehlung.

Im Buchhandel kostet das Buch 1.25 M. An Partei genossen durch die Organisationen bezogen wird es für 80 Pf. abgegeben.

Fest Trintgeld, dann Kirchensteuer.

In Oberleidersdorf (Wauwil) bestand im früheren Zeit die Sitte, daß die Konfirmanden dem Pfarrer für den Konfirmandenunterricht ein „Trintgeld“ überreichten. Als nun aber die Pfarrer figierten wurden, hatte der damalige Kirchenvorstand fürgerhand geschlossen, auch diese Trintgelder abzuschaffen, das heißt, die Eltern der Konfirmanden mußten nun an die Kirche ihren Obolus entrichten, und zwar der Einwohner 50 Pf., der Haushälter 1 M., der Gartenbesitzer 1.50 M. und der Gutsbesitzer 2 M. Als sich nun in diesem Jahre einige Genossen weigerten, den Konfirmandenunterricht zu begleiten, anderthalb Jahre später, sie ihre Kinder nicht am Unterricht teilnehmen lassen wollten, mußte selbst der Pfarrer erklären, daß die Kirchklasse weder durch das Kirchengeley, noch durch das Kirchenstatut berechtigt ist, diese Vergabung zu fordern. Endlich wurde eine Kirchenvorstandssitzung einberufen und nun den Konfirmanden mitgeteilt, daß niemand mehr gegenzahlen werden sollte, das Geld zu begleichen, wer es aber freiwillig geben möchte, der solle es tun. Also einige 30 Jahre ist nun diese Steuer den Leuten zu Unrecht abgekippt worden. Und wer sie nicht bezahlen wollte, erhielt einen Mahnschluß nach dem andern. Daselbe Verhältnis bestand bis vor einigen Jahren auch bei den Taufen, für die 50 Pf. gezahlt werden mußten. Auch hier wurde durch die Weigerung eines Genossen die Entrichtung dieses Geldes beseitigt.

Auswandernde Bergleute.

Aus Zwotau wird einer Leipziger Zeitung berichtet: Werber von Bergleuten für das Ruhrrevier sind im diesigen Kohlenrevier wieder eifrig am Werk. Gestern verliehen wieder etwa 25 Bergleute, zum Teil mit Familie, untere Stadt, um nach dem Ruhrrevier überzusiedeln. Der größte Teil der Abwandernden findet Arbeit auf der Zeche Kruppgrube bei Witten a. Ruhr. Am nächsten Donnerstag führt abermals ein Trupp Bergleute nach dem Ruhrrevier ab.

Die Werber aus dem Ruhrgebiet würden so leichte Arbeit nicht haben, wenn nicht der Terrorismus der sächsischen Grubenbarone die Bergarbeiter auf das ärgste drängt.

Ein nationaler Wahlprotest.

Gegen die im Dezember vorigen Jahres erfolgte Gemeindewahl in Schönau bei Chemnitz waren verschiedene Einwendungen erhoben worden, mit denen sich der Bezirkssatzschuß der Amtshauptmannschaft zu beschäftigen hatte. Vor der Wahl war eine besonders vom bürgerlichen Ortsverein betriebene Agitation entfaltet worden, um die Wiederwahl unseres Genossen Gründke zu verhindern. Der Ortsverein präsentierte für den Wahlkampf einen Kandidaten. Auf dessen Namen vereinigten sich 112 Stimmen, während Gründke mit 167 Stimmen wieder gewählt wurde. Da aber die Bürgerschaft sich in die Idee vertraut hatten, ihr Kandidat müsse gewählt werden, erhoben sie gegen die Gültigkeit der Wahl Einspruch. Socht windig sah es mit der Begründung ihrer Einsprüche aus. Das wichtigste Moment war eine gemeinsame Denunziation, die sich gegen den Schuldirektor richtete. Es wurde darauf hingewiesen, daß sämtliche Gemeindebeamten sich an der Wahl nicht beteiligt hätten. Der Schuldirektor habe nach der Kandidatenausstellung in einer Gastwirtschaft geschränkt; er wußte lieber Gründe als den anderen. Durch diese Aussicht soll der Schuldirektor mindestens diejenigen in ungünstiger Weise beeinflußt haben, die er gehört haben; jedenfalls, so wurde aufgeführt, deßwegen aber der bringende Verdacht (!), daß der Schuldirektor die unter seiner Leitung stehenden Lehrer beeinflusst habe.

Durch die Erklärungen ist festgestellt worden, daß nur ein Lehrer zur Wahl gegangen ist, und daß nicht nur alle Gemeindebeamten, sondern auch alle wahlberechtigten Staatsdiener, Postbeamten und laufmännischen Angestellten der Wahl ferngeblieben sind. Der Bezirkssatzschuß im Bezirkssatzschuß sich dahingestellt, ob die dem Schuldirektor in den Mund gelegte Beurteilung zu gefallen ist; festgestellt wurde aber, daß der Ausdruck jeder amtlichen Charakter fehle, mit dem bloßen Verdacht jetzt nicht zu machen. Aber erstaunlich sei aus allem, ganz besonders aber aus der geringen Beteiligung an der Wahl, die nur 60 Prozent betrugen habe, daß der Wahler der vom Ortsverein aufgestellte Kandidat eben nicht paßte. Schließlich wurde noch festgestellt, daß der Schuldirektor auf durchaus nationalem Boden siehe. Der Bezirkssatzschuß beschloß die Zurückweisung des Einspruchs, da keinerlei Beweise für die dem Schuldirektor nochgelagerte Beeinflussung von Wähler erbracht werden konnten. Ferner wurde noch in dem Einspruch geltend gemacht, daß der Schuldirektor gegen Börneras Wahl agitiert habe. Nach dem Ergebnis der Entscheidungen ist der Schuldirektor Mitglied des Ortsvereins. Als in diesem die Kandidatenfrage auf der Tagessitzung stand, hatte er sich gegen die Aussicht des V. ausgesprochen. Das hatte er aber als Beteiligungsmittel, nicht in seiner Eigenschaft als Gemeindebeamter getan. Außerdem handelte es sich damals nicht um die Wahl, sondern nur um die Vorbereitungen dazu. Darin aber konnte der Bezirkssatzschuß Ungläubiges nicht erkennen. Darausge-

machte auch dieser Einspruch zurückgewiesen werden. Ein Mitglied des Bezirkssatzschusses bemerkte, daß die gegen die Wahl gerichteten Einsprüche an den Haaren herbeigegangen seien.

Handelskammertag und Regierung.

Staatsminister Graf Vigilius von Eckstädt hat bei der Jubiläumser Feier der sächsischen Handelskammern in Dresden im Jahre 1912 die Frage aufgeworfen, ob nicht der von den östlichen Handelskammern als private Einrichtung geschaffene Sächsische Handelskammertag ein Organ werden könnte, durch dessen Einberufung die Regierung in eiligen und vertraulichen Angelegenheiten die Wünsche von Industrie und Handel lernen zu können vermöchte. Auf Veranlassung der Handelskammer zu Plauen i. V. soll, wie in der bürgerlichen Presse berichtet wird, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung des nächsten Sächsischen Handelskammer-

tages gelegt werden.

Rumänisches Fleisch in Sachsen.

Nach einer Mitteilung der Handelskammer Dresden kann laut Bericht des Rumänischen Handelsministeriums zwar kein lebendes Vieh, wohl aber Fleisch aus Rumänien nach Deutschland ausgeführt werden.

Planen. Wie der Vogtländische Anzeiger erzählt, ist der Lokomotivführer Hermann Morgan aus Leisnig begnadigt worden. Morgan war, wie man sich erinnern wird, am 28. September 1912 im Zusammenhang mit dem Sachswiger Eisenbahngesetz vom 19. Juni 1912, bei dem drei Personen getötet und eine Anzahl zum Teil schwer verletzt wurden, zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Rest der Strafe ist ihm also jetzt erlassen.

Leipzig. Die Steuererträge der Stadt im Jahre 1912 waren folgende: Die Grundsteuer brachte 3158000 M., die Pesthochabgabe für die Stadtkasse 1098000 M. und für die Armenkasse 306000 M., die Guadaflesteuer 598000 M. (außerdem 140000 M. für Reich und Staat), die Hundesteuer 215000 M., die Viehsteuer 354000 M. und die Einkommenssteuer 1780000 M. Dazu kommen noch 349000 M. an Straßenreinigungsabgabe, so daß im ganzen reichlich 24 Mill. Mark zur Erhebung gelangten.

Rauch.

Weissen, 2. März. Das Opfer eines Raubanklasses wurde am Sonnabend nachmittag gegen 8 Uhr bei Kasino der Postarbeiter Hente aus Neu-Wohlau. Hente war im Begriff, das Gelb zur wöchentlichen Lohnauszahlung nach den Tonträgern des Weißner Firme Ernst Leidert bei Kasino zu bringen und hatte seinen Auftrag auch bereits zum Teile ausgeführt, als der Leberfall bei einem Bildchen auf Kasino flur erfolgte. Der Verbrecher gab zuerst mehrere Revolverschläge auf den Posten ab, und als diese ihr Ziel verschoben, stürzte er sich mit einem Messer auf ihn und brachte dem sich verzweifelt Wehrenden eine große Anzahl Stiche in den Kopf und die Arme bei, worauf er den Überfallen des mitgeführten Geldes beraubte. Der Schwerwiegte vermochte sich noch eine Strecke fortzuschleppen und wurde dann von Arbeitern, die auf seine Hilfesuche herbeiliefen, aufgefunden und in das Ländliche Krankenhaus in Weissen gebracht. Der Täter ist noch an demselben Abend verhaftet worden. Es ist der inzwischen Jahren lebende Arbeiter Gustav Lehmann, der zuletzt in Niedermeser wohnhaft war. Er hatte sich erst vor einigen Monaten verheiratet, lebte aber von seiner Ehefrau getrennt. Bis vor vierzehn Tagen hatte er auf einem der Kaschauer Tonträger gearbeitet. Seine Verhaftung erfolgte durch den hiesigen Schuhmann. Von dem geklauten Gelde wurden gegen 50 M. bei ihm vorgetragen. Begegn. 300 M. hatte er im Stadtpark vergraben.

Von anderer Seite wird und dazu noch geschrieben: Schwer verlegt und entgleist zugrundet wurde der Leberfall nach dem Weißner Krankenhaus gebracht. Dort wurden nicht weniger wie 26 Stichwunden, hauptsächlich am Kopf, festgestellt, doch waren Schlägeverletzungen nicht zu bemerken. Wahrscheinlich sind die Angaben falsch gegangen. Trotz der jüdischen Verletzungen konnte Hente den Namen des Täters, welcher läufig einige Wochen in den Tonträgern gearbeitet hatte, noch angeben. Doch am Sonnabend abend konnte Lehmann in Weissen verhaftet werden. Er wurde nach dem dortigen Einheitsgericht gebracht, von wo aus am Montag der Transport nach dem Dresdner Landgericht erfolgt. Hente durfte nicht mit dem Leben davon kommen. Der ältere Lehmann hatte vergangene Pfingsten gebeten, da aber seine Gläubiger die Wöbel wegholten, schwärzte die junge Frau wieder zu ihren Eltern zurück. Von dem Raub wurde Gustav Lehmann sofort den größten Teil versteckt. Die Polizei fand auch dieses Geld bei ihm. Diese Tat hat degreiflicherweise große Aufregung hervorgerufen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In einer Sandgrube auf Steinbachauer Flur wurde der 48-jährige Arbeiter Krause aus Großröhrsdorf durch eine niedergeschlagene Sandwand verdeckt. Bereits vor ein etwa jüngstes Löcher des Bergmanns geöffnet wurde der Leberfall nach dem Tod des Bergmanns verdeckt. Der Bergmann in Weissen verhaftet worden. Er wurde nach dem dortigen Einheitsgericht gebracht, von wo aus am Montag der Transport nach dem Dresdner Landgericht erfolgt. Hente durfte nicht mit dem Leben davon kommen. Der ältere Lehmann hatte vergangene Pfingsten gebeten, da aber seine Gläubiger die Wöbel wegholten, schwärzte die junge Frau wieder zu ihren Eltern zurück. Von dem Raub wurde Gustav Lehmann sofort den größten Teil versteckt. Die Polizei fand auch dieses Geld bei ihm. Diese Tat hat degreiflicherweise große Aufregung hervorgerufen.

Stadt-Chronik.

Die nationalen Auswüchse im Umgang!

Seit Jahren bestehen bekanntlich auch für die drei Dresdner Reichstagswahlkreise benannte Nationale Auswüchse, die sich die Aufgabe gestellt haben, den bürgerlichen Parteien Wahl- und andere Hilfe gegen die Sozialdemokratie zu leisten. Ihr Antreten scheint aber mehr und mehr in gewissen bürgerlichen Kreisen zu sinken, denn auch in diesem Hause kommt alles auf den Erfolg an. Und von Erfolg war in den letzten Jahren nicht viel zu spüren. Am meisten scheinen sich die Konservativen über ihre Helferhelfer zu ärgern, die nicht aggressiv genug sind, und

nicht nur die Konservativen, sondern auch andere bürgerliche Parteien im Sturze gegen die Roten unterstehen. Momentan steht es überhaupt etwas faul mit der Tätigkeit der Nationalen Ausschüsse. Denn — so wird von konservativer Seite gehabt — zur Verhandlung von Vorträgen über die Balkanwirren, zum Arrangement einer bunten Röhne und ähnlichem blödlichen Sachen braucht man diese Ausschüsse nicht. Das brüten auch andere Vereine fertig. Der Konservative Verein für die ökonomischen Kräfte scheint ganz besonders über die Passivität des Nationalen Ausschusses im 4. Wahlkreis erheitzt zu sein. Er geht so weit, in einem Circular an seine Mitglieder dem Nationalen Ausschüsse die Freundschaft zu tunnen, und die — Badungseinführung zu empfehlen. Das Schreiben wird mit der Frage eingeleitet: Wie stellen wir uns zu den Nationalen Ausschüssen? Dann heißt es weiter:

Es ist einer der vornehmsten Grundsätze der konservativen Partei, in criser Lins einzuwirken für den Zusammenhalt aller bürgerlichen Erziehungsparteien gegenüber der Sozialdemokratie, insbesondere bei den Wahlen. Diesem Grundsatz entsprechend haben auch die Konservativen der Königlich Preußischen niemals auch nur einen Augenblick gezögert, bei allen Sitzungen einsichtig für den nationalen Gegner des Umsturzes einzutreten, selbst dann, wenn wir im ersten Wahlkampf schief von ihm belämpft worden waren. Da wir sind sogar jetzt bereit gewesen, gleiche von Hause aus in diesem Sinne bindende Vereinbarungen für den Fall einer Reichswahl einzugeben. Insolfern als nun die Nationalen Ausschüsse ausgewichen waren, müssen dazu negiert werden, dass das gleiche Ziel eines grundlegenden Zusammenschlusses auf nationalem Boden zu fördern, stehen wir Konservativen ihnen durchaus kompatibel gegenüber. Wir bedürfen ihrer für uns selbst nicht, begrüßen es aber mit vollster Begeisterung, wenn es sich die Nationalen Ausschüsse angelebt sein lassen, auch die leider so große Zahl der politisch Gleichzügigen im nationalen Sinne zu begeistern und einer Annäherung der links-bürgerlichen Parteien an die Sozialdemokratie nach besten Kräften einzugeuztreten. Gerade in dieser Beziehung haben aber nun unter Nationalen Ausschüssen sich bei den letzten Reichstagswahlen durchaus nicht bewährt: Haben sie doch ein solches Schema folgend die korrigierende Volkspartie ganz ebenso unterstützt wie die rechtsliberalen Parteien, obwohl jene mit dem Umsturz ganz offen wollten und das sie von konservativer Seite im nationalen Interesse angebotene Sitzungsspiel rückweg ablehnte. Solange wie die Nationalen Ausschüsse nicht grundsätzlich ihre Wahlkriege allen sozialen Parteien versagen, die sich weigern, ein vorbehaltloses Sitzungsspiel gegen den Umsturz abzuschließen, muss jeder Konservative ernstlich davor gewarnt werden, ihnen beizutreten. Wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, fördert jeder Groschen, der der konservativen Partei zugunsten der Nationalen Ausschüsse entzogen wird, mittelbar die Interessen der Sozialdemokratie zum Schaden des Vaterlandes!

An Denlichkeit läßt dieses Schreiben nichts zu wünschen übrig. Die Herren Konservativen sagen ihren bisherigen Helfern ganz trocken: wir dulden euch, aber wir brauchen euch nicht; eure letzte Arbeit taugt nichts, dafür wird nicht gezahlt! — Das haben die Nationalen Ausschüsse, die im Schweiße ihres Angesichts für die Sache der Bürgerlichen sich abmühten, wirklich nicht verdient. Doch hier bewahrheitet sich wieder das alte Wort: Undank ist der Welt Lohn! —

Die Tollwut.

In Dresden und Umgebung ist in letzter Zeit eine Anzahl Tollwutfälle festgestellt worden. Deshalb erscheint es angebracht, etwas Näheres über diese unsoziale Krankheit zu sagen. Die Tollwut ist eine ansteckende, durch einen noch nicht bekannten Ansteckungsstoff verursachte, schnell verlaufende Krankheit, die immer tödlich endet. Ein Heilmittel dagegen ist noch nicht bekannt. Sie kommt am häufigsten beim Hund vor, kann aber auch auf alle übrigen warmblütigen Tiere und auf den Menschen übertragen werden. Die Krankheit wird hauptsächlich durch den Biss wütiger Hunde verbreitet. Außerdem kann sie dadurch übertragen werden, daß wütende Tiere wunde Stellen bei anderen Tieren besiedeln. Der Ansteckungsstoff der Tollwut ist im Speichel der kranken Tiere enthalten. Bei Tieren, die den Ansteckungsstoff aufgenommen haben, verläuft eine verschlafene lange Zeit, ehe die Erscheinungen der Krankheit hervortreten. Beim Hund pflegt sie erst etwa 3 bis 8 Wochen nach der Ansteckung hervorzutreten, mitunter auch erheblich später. Bei Hunden zeigt sich als erste Krankheitsercheinung eine Aenderung des Benehmens. Sonst freundliche, ruhige, gesunde Hunde werden mürrisch, aufgeregt, widerspenstig und verkrümeln sich gern. Manche Hunde beginnen und beobachten auch die Blitzeile, die längst verheilt ist. Ferner tritt eine Veränderung des Appetites ein; die Tiere verzehmen ihr gewöhnliches Futter und befunden die Reizung, unverträgliche Gegenstände (Holz, Peder, Bindseide, Stroh, Gras, Kartoffeln, Steine, Metallstücke usw.) zu benagen und zu verschlucken. Nachdem diese Krankheitsercheinungen 1/2 bis 2 Tage andauernd haben, stellt sich ein lebhafter Drang zum Entwichen ein. Die Tiere suchen sich ans ihrem Grubenhof zu befreien, irren, ins Freie gelangt, planlos umher und können dabei große Wege treten, zurückzulegen. Zwischen kommen sie am gleichen oder folgenden Tage wieder zu ihrem Herzen zurück. Die Tiere betreten dreist freudige Gehöfte und zeigen eine sich heisende Besitzsucht. Anfanglich schnappen die Tiere nach leblosen Gegenständen sowie nach Tieren und Menschen; später fangen sie auf alles, was ihnen in den Weg kommt, los und beißen selbst in leblose Gegenstände, die ihnen entgegengehalten werden. Gegen die ihnen bekannten Personen beobachten sich wütende Hunde oft feindlich, während sie fremde Personen und Tiere anfallen; gut dressierte Hunde können den Besitzer ihres Herrn noch bis zum letzten Augenblick folgen. Ferner verändert sich die Stimme zu einem Mitteldinge zwischen Hunden und Wullen. Diese Erscheinungen der Tollwut dauern 3 bis 4 Tage, worauf sich unter gleichzeitiger Flatter, die Tiere entstehender Abmagerung die Erziehungen der Tollwut eingesetzen. Zuerst tritt eine Lähmung der Zähngänge ein, so daß die Tiere nichts mehr abschneiden können und dauernd speichern, dann eine Lähmung des Unterleibes, so daß er herab- und die Jungen zum geöffneten Maul herabstößt. Endlich tritt eine Lähmung der Nachhand ein, und die Tiere sterben am 5. bis 8. spätestens am 10. Tage der Krankheit an Lähmung und Erstickung. Bei der sogenannten stillen Tollwut bemerkt man hauptsächlich die Lähmungsscheinungen, und die Tiere sterben bereits nach 2 bis 3 Tagen. — Erstaunlich einflicht es sich, daß jeder, der von einem wütenden oder woltverdächtigen Tiere gebissen worden ist, unverzüglich den Arzt ruft und sich der Waschungskommission unterzieht. Diese wird im sämtlich preußischen Institute für Justizvollanstalten zu Berlin (N. 39, Führer Straße) ausgeführt. Je frühzeitigster die Gebissenen die Schuhlippung an-

sich vollziehen lassen, um so sicherer ist ein Heilesfolg zu erhoffen. Sofort nach dem Bisse sind lebende Auszümmen der Bisswunde mit dem Brennen, einem glühend gemachteten Messer oder dergleichen, oder Aszen mit rauchender Salpeterfäule, mit Schwefelsäure oder Salzsäure vorzunehmen. Wo dies nicht ausführbar ist, ist die Wunde sofort mit Eissig (unverdünnt) auszuhäuschen und zu verbinden. Die gleichen Maßnahmen empfehlen sich, wenn bei einem Menschen wunde Stellen von einem wütenden oder der Seuche verdächtigen Tieren besetzt worden sind, oder wenn sich ein Mensch bei der Verlegung eines solchen Tieres eine Verletzung zugezogen hat. Nicht zu empfehlen ist, weil unzweckmäßig, das Aszen der Wunden mit Höhlenstein, Sublimat oder konzentrierter Karbolsäure und, weil nicht ganz ungefährlich, das Auszäugen der Wunden.

Dresdner Hochschulwesen.

Einem Bericht auf das Jahr 1911 über die allgemeinen Gewerbe- und gewerblichen Fortbildungsschulen Dresdens ist folgendes zu entnehmen. Die städtische Gewerbeschule hat Abteilungen für Schüler und Schülerinnen und gefällt in eine Tages-, Sonntags- und Abendschule. Die Tageschule übermittelt den Schülern nach ihrer Entlassung aus der Volksschule die technischen Kenntnisse und Fertigkeiten, die für ihren späteren Beruf von besonderer Bedeutung sind. Sie umfaßt drei Klassengruppen: allgemeine Klassen für Männer, gleicher, Kellner, Köche usw.; baugewerbliche Klassen für Maurer, Zimmerer, Tischler, Klempner usw.; Metallarbeiterklassen für Schlosser, Maschinenvorarbeiter, Mechaniker und Elektrotechniker. Die Sonntags- und Abendschule bieten in besonderen Berufs-Hochklassen Lehrlingen, Gehilfen und Meisters (besondere Meisterkurse) Gelegenheit zur Erwerbung von Kenntnissen und Fertigkeiten. Von den 1589 Schülern im Sommerhalbjahr 1911 besuchten 244 die Tages- und 1845 die Sonntags- und Abendschule. Die Schülerinnenabteilung zerfällt in Handels-Tages- und Abendschule. Sie bietet jungen Mädchen und Frauen Gelegenheit, sich in den Handelswissenschaften für den souveränen Beruf auszubilden und sonst ihre Kenntnisse und praktischen Fertigkeiten zu erweitern und zu vervollkommen, die für eine berufliche Tätigkeit gesordert werden oder für die eigene Häuslichkeit von Nutzen sind. — Als weitere Gewerbeschulen folgen noch die Hochschule des Vereins Gewerbetreibender mit 269, die Hochschule des Allgemeinen Handwerkervereins mit 1199 Schülern (72 Lehrer), die Gartenbauschule der Flora mit 105 Schülern und 3 gewerbliche Lehranstalten für Frauen und Männer mit insgesamt 487 Schülerinnen, darunter die Hochschule des Frauen-Erwerbsvereins und das Seminar für Haushaltungsschülerinnen des Landesvereins für innere Mission. Als letzte sind die Handelschulen zu nennen, die öffentliche Handelslehranstalt der Dresdner Kaufmannschaft mit 739 und die Menschliche und die Schriftliche Privathandelschule mit 604 und 193 Schülern. In Dresden waren 1911 außerdem noch 34 andre besondere gewerbliche Fachschulen vorhanden, und zwar je 1 Hochschule der Baumeister, Klempner, Buchdrucker, Tropfisen, Fleischer, Gastwirte, Tischler, Köche, Konditoren, Maler, Schmiede, Schneider, Schornsteinfeger, Schuhmacher, Tapetier, 2 der Friseure, 1 für Schaukunstfederation. Ferner gab es 2 Dienstfachschulen, 1 Chauffeursschule, 1 für Photographie und Malerei, 3 für Zuschneidekunst, 1 Feuerwehrakademie und 7 Schulen für Sprachen, Schreiben und Stenographie. Bei 15 Schulen waren die Unternehmer einzutragen, bei 13 Private, bei 3 Vereine, bei 2 Verbände, bei 1 eine Genossenschaft. Die Besucherzahl dieser 34 Fachschulen betrug 1911 4917. — Von den Lehranstalten für gewerbliche Bildung sind herzurühren die königliche Bauschule Dresden (früher Baugewerbeschule), die von 182 Schülern besucht wurde. Im Anschluß an die Errichtung der staatlichen Baugewerbeschulen wurden an Stelle der früheren Prüfungen bei den Examens-Weiterprüfungen für Baugewerbe vor besonderen Prüfungsbehörden eingerichtet.

Die Gruben-Affäre.

Ein harmloses Vergnügen des Arbeitsherrnvereins in Gruben bei Meißen hatte bekanntlich wegen des Gebrauchs einer roten Zahne in einem lebenden Bilde zu Gerichtsprozeß mit sehr bedenklichen Gewebewirkungen geführt. Gegen einige Entlastungszeugen wurden von der Staatsanwaltschaft Meiningen Prozeß eröffnet. Ein Arbeiter und eine Arbeiterin verhaftete man vor Gericht vom Flese weg. Die Verhafteten wurden später auf Antrag des Verleidlers wieder entlassen — Wie uns jetzt gemeldet wird, hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen Meldeabschaffung eingestellt, wonit die Angelegenheit erledigt ist. Einer gemessenen dauerlichen Presse sind die Zeile abgewichen, und der Abschaffungsfällige Mitarbeiter eines kleinen Blattes wird wohl nun auch seine Ruhe wieder gewinnen. — Die Einstellung des Verfahrens ist offiziell auf die sehr eingehenden Vorstellungen der Verteidigung zurückzuführen.

Viktoria-Salon.

Das März-Programm wird durch die Gesangs-Soubrette Margot de Baire eröffnet, die auch im Koloraturgeling anerkennenswertes bietet. Das Vega-Trio kommt mit erstaunlichen gymnastischen Leistungen, die der eine des Trios mit überhand ist vermischt. Die aus 7 Personen bestehende holländische Gesangs- und Tanztruppe gibt sich in heimatlicher Ausstattung und entwickelt dabei schön Symmetrie. Für den Humor sorgen die Komiker Pöschl und Voigt, der eine im Münchner, der andere im südlichen Stil. Wer sich Pöschl geföhrt und geführt hat, auf den wird die von Voigt gebotene Apothe nicht allzu großen Eindruck machen. Der trostene Humor Pöschls aber ist nicht über. Erstaunlich und interessant sind die Leistungen der Madame Regia aus musikalischen Gebiet. Sie weiß nicht weniger wie 21 verschiedene Musikinstrumente aller Art. Dagmar Hansen ist eine „dänisch-deutsche“ Soubrette seiner Art. Ihre Vorträge sind lebendig und ungeschwungen, äußerlich unterstützt werden sie durch eine schöne Figur und reizende Kleidung. — Der „Clou“ dieses Programms soll der „Ballkrieg“ sein, lebende Bilder, die „aktuelle Kriegsepisoden“ darstellen sollen. Die Gruppen sind aber offenbar ganz willkürlich zusammengestellt. Mag sein, daß den in Goldbronze gehaltenen lebenden Plastiken an sich künstlerischer Wert beizugesetzt ist. Das Drum und Tren an Kriegsrummel gibt der Sadie aber in diesem Rahmen einen anderen Charakter. Wir kommen der Nummer deshalb schon aus ästhetischen Gründen keinen Beifall abzweigen. Die Dinge sind doch zu ernst, als daß sie in das Programm einer Varietébühne passen. Dieselbe Stimmung führt auch bei einem großen Teile des Publikums vorzuherrschen, das sich sehr passiv verhält, während ein Teil kriegskolleriger Leute sich demonstrativ die Hände mit

Beifall zerklatschen. — Der Kinematograph bringt eine hochinteressante Naturaufnahme aus Spanien. — Die Brothers stellen waren am Sonntag abend noch nicht eingerufen.

Im Circus Carralini sind wieder einige neue Nummern in das Programm aufgenommen. Seit Sonnabend ist die Manege der Schauplatz lebhafte Ringläufe. Auf dem Gelände des Tierbretts hat man den Kopf mit dressierten Löwen. — Kamele, Löle, Gämse — ein merkwürdiges Trio. — An dem gestrigen zweiten Tage des Ringkampfskonzerts waren folgende Ergebnisse zu verzeichnen: Michael le Bouvier Frankreich besiegt Pilzau-Pommern. Der junge Weltmeister Albert Sturm brachte den Bayer Rothensinner zu Hause. Werner besiegte der Hamburger Reckling den Badener v. Berg und den Russen Iwan Michailow den Weltmeister Schmidt.

Selbstmorde. Am Sonntag schoß sich in einem Hotel auf der Seestraße der Kaufmann Bruno Günther aus Berlin eine Stugel in die Brust. Günther hatte sich am Freitag im Hotel eingelöst und gab in einem hinterlassenen Brief Liebeskummer als Grund zur Tat an. Nachdem die Wollfahrtspolizei dem schwerverletzten jungen Mann einen Notverband angelegt, wurde er nach dem Friedrichstadt-Krankenhaus gebracht. — Erhängt aufgefunden wurde am Sonnabend abend im Keller des Hauses Haydnstraße 40 der dort wohnende, in den dreißiger Jahren stehende Tischler Franz Schubert. Der Lebensmüde verlor die Tat infolge von Schwermut. — Das unbekannte Gründen stützte sich am Sonnabend abend die 14 Jahre alte Tochter Selina des Zugfahrters Weiser, Seestraße 1, von einem Dachfenster aus dem fünften Stock herab auf die Straße. Mit zerrissinem Schädel blieb das Mädchen tot auf dem Pfaster liegen.

Die städtische Leihamtsstelle im Neustädter Markt 1, bleibt Montag den 10. und Dienstag den 11. März wegen Reinigung geschlossen. Fällt der Hälfte eines Pfandscheines aus einem dieser Tage, so gilt als solcher der nächste Werktag, sonach Mittwoch der 12. März. Die Leihamtszweigstelle in Altstadt, Maternistraße 17, bleibt an diesen Tagen für das Publikum geschlossen.

Aus der Umgebung.

Aus den Bezirksausschüssen.

In seiner letzten geheimen Sitzung hat der Bezirksausschuß Dresden I für Stadt folgende Konzessionsgesuche genehmigt: Heidentanz in Deuben, volle Schankconcession (Überleitung); Nähe in Niedern, Kleinhandel mit Schuhgeschäft; Sieber in Rippeln, Konzession für den Gallothof; Eichler in Deuben, Kleinbetrieb in der Fabrikationsanlage der Firma Jechel u. Hänsel; Eichler in Deuben, Ausweitung der Schankconcession auf die erweiterten Räume. Das Konzessionsgesuch der „Eigenheim“-Gesellschaft in Briesnitz wurde abgelehnt. — Ferner wurden noch genehmigt der 5. Nachtrag zu den Satzungen über Ausbringung der Gemeindeanlagen in Bockwitz und der ordnungsmäßige Beschluß über Anfrageerhebung in Niedergörsdorf im Steuerjahr 1913 und mehrere Neufüsse in Gemeindeteilerangelegenheiten erledigt.

Briesnitz. Mittwoch den 3. März, abends 7 Uhr, findet im Gemeindeamt öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt.

Obergörbitz. Morgen Dienstag, abends 8 Uhr, im Gasthof Reichschmid öffentliche Gemeinderatsitzung.

Niebergörsdorf. Morgen Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Rathaus öffentliche Gemeinderatsitzung statt.

Döhlen. Zu einer Maschinenfeste in Döhlen war vor einigen Tagen ein als Arbeiter beschäftigter Schweizer A. vom Firmeninhaber getadelt worden. Der 30 Jahre alte Schweizer ergriff einen großen Schraubenschlüssel und fügte damit dem Arbeitgeber eine schwere Kopfverletzung zu, um dann zu fliehen. Er konnte in Tharandt verhaftet werden. Er äußerte bei der Festnahme, daß er seinen Vorgesetzten erzählen würde, wenn ihm nicht der fettige Schlüssel aus der Hand gerutscht wäre.

Rabenau. Bekanntlich hat der Landtag, allerdings erst nach langem, zähem Kampfe und vor allem infolge des energischen Eintritts unserer Genossen, in das neue Gemeindesteuergesetz die Bestimmung aufgenommen, daß vom Jahre 1924 an die Gemeinden eine hohe Umlaststeuer von Großbetrieben und Filialen nicht mehr erheben dürfen. Wo jetzt noch eine solche Steuer erhoben wird, muß sie bis dahin abgeschafft sein. Zu den Gemeinden gehört auch Rabenau. Der Stadtgemeinderat ist nur der Ansicht, die Steuer nicht auf einmal aufzuheben, sondern nach und nach einzuziehen, um die Wirkung auf den Städteadel nicht allzu fühlbar werden zu lassen. Deshalb hat er einen Nachtrag zum Ortsregulationsaufge stellt, wonach bereits vom Jahre 1913 an die Umlaststeuer jedes Jahr um 1/4 Prozent herabgesetzt werden soll, so daß im Jahre 1920 zum letzten Male eine Umlaststeuer erhoben wird. Der Nachtrag wurde jetzt vom Bezirksausschuß genehmigt. — Hoffentlich ahnen die anderen Gemeinden das Beispiel von Rabenau nach.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Großere Unterschlagungen

zum Schaden zweier bissiger Haushandlungen verübt in den letzten Jahren der aus München stammende Kaufmann Ferdinand Allegro Edmund Weiß als Leitender angezeigt. Dort hat er 240 R. Kundengelder unterzogen. Bei der Entdeckung und Entfernung der Kasse fand sich eine R. zur baltischen Haushaltung der unterzogenen Summe verpflichtet zu zahlen. Er handelte in einem Konkurrenzgeschäft Siedlung, wo er im Laufe von vier Monaten gegen 2000 R. unterzogen. Da angeklagte gab zu seiner Entschuldigung Unschuld in der ganzen Sache an, er sei aber auch mit seinem Speise nicht ausgestromt. Er habe bei E. Weiß 100 R. Wozätzigkeit und täglich 15 R. Speise

eine hochgekrotenen Brüder. Letztere haben wohl gelangt, als er mit 75 Kilo Mustern reiste, seit Jahren beträgt aber sein Gepäck 150 Kilo, und dabei sei es unmöglich, mit 15 M. auszukommen. Troch mehrfacher Verhandlungen bei der Firma habe man ihm nicht zugestellt, und da sei es gesungenen gegeben, sich auf diese Weise zu helfen. Vom Vertragsgeber des Angeklagten wurden drei Briefe von der Firma Weiß verlegt, wo Sch. aufgefordert wird, bis zu einem gewissen Tag und in einer gewissen Stunde 150 M. und 200 M. zu legen, sonst werde Anzeige über die bei ihr veruntreuten Summen erfolgen. Derartige Briefe befinden sich gegen 20 unter den beschuldigten Papieren Sch. Im nicht angezeigt zu werben, hat Sch. nun bei seiner neuen Firma Unterschlagungen begangen und damit das ungenannte Zeugnis der Firma Weiß bestreitigt. Er hat auf diese Weise 150 M. an Reichtum zurückgewonnen. Nach den Ausführungen des Verleidigers ist die Firma Weiß genau gewusst, daß Sch. nichts weiter beschafft als sein Gehalt, doch er also die Summe der Abzüge zu schaffen suchte. Sch. hat sich dann schließlich selbst der Behörde gestellt, um mir Recht zu haben. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr Sch. jüngsten, von dem 1 Monat als verbüßt gilt.

Eine teure Uermutung.

Die 30jährige Anna Herle aus Böhmen legt sich in möglichste Umarmungen mit Männer ein, noch denen die Umarmen nicht zu füllen wären, doch ihnen habe das Portemonnaie, die Briefe, die Uhr oder sonst etwas weggestoßen ist. Wegen derartigen Tatenwesens hat sie schon eine Reihe Vorstrafen erlitten, ist auch aus Sachsen ausgewiesen worden. Am Neujahrstage nachmittags stellt sich in einer Kneipeklappe in der Palmstraße auf. Dortin trifft sich auch der Reisende M. Beide wurden bekannt und verwandten zusammen in einem Hinterzimmer. Nachdem sich die beiden eine Weile aus dem Hotel entfernt hatten, bemerkte M. den Verlust seiner Brieftasche mit 110 M. Papiergeh. Die Angeklagte wurde wegen Aufschlussstahl und verdächtiger Rücksicht verurteilt.

Schiffsgerecht.

Eine unvorsichtige Auseinandersetzung.

Leichte den Hirschgerichten und Schleifer Camillo Koch Franz Adlers in Unterfuckinghof, und auf die Anklagebank. Der Angeklagte gibt sich den Anschein eines feinen Kommerzien und sieht, daß er gedroht haben, seine Frau und dann sich selbst zu erschießen. Seine Frau lebt von ihm getrennt, nachdem sie erfolglos den Versuch gemacht hatte, sich von ihm scheiden zu lassen. Im Februar unterwarf er wieder den Verfuss, sich mit seiner Ehefrau auszufordern. Die Wohnung war aber leer, der Wirt hatte die Frau herausgesetzt. Daß die Polizei erfuhr, daß sie zur Untermiete bei einem Buchhändler wohne. Am 6. Februar suchte er den Buchhändler auf und rief ihm sein Recht. Die Frau des Buchhändlers erbot sich darauf, die Schule wieder zusammenzubringen. Da kam die Ehefrau des Angeklagten nach Hause. Als sie ihren Mann sah, erklärte sie, noch die Polizei holen zu wollen. Dieser eigenartige Willommenszug summte die Hoffnung des Mannes auf eine Verjährung sehr stark und er äußerte sich darin, daß er sich und seine Frau erschließen würde. Die Wirklichkeit teilte dies der Frau mit und diese erachtete Anzeige. Am andern Tage suchte der Mann einen Pastor auf, und erfuhr, daß dieser geraten haben soll, seine Frau schwimmen zu lassen, während er doch noch einmal einen Besuch machen. Als er vor an die Tür der Frau kam — er hatte ihr sogar Nachen mitgebracht —, wurde er von einem Kreislaufgendarman verhaftet. Er durfte entstehen, die Wohnung erfuhr gewont zu haben. Dazu hätte seine Frau dies zu lieb. Da aber die Wirklichkeit die Drohung nicht aufgefordert haben, wird er zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

Wasserläufe Strafmandate.

Im Staatsanwaltbüro Pillnitz wurde ein von Kunden zerrissenes Auto aufgefunden. Auf Antrag des Hofjagdmeisters erhielten daraufhin Beamte des Reichsgerichts Berlin, Friederich Wilhelm Städter in Oberposta und der Kaufmann Friedrich Wilhelm Städter in Pillnitz Strafverfolgungen von der Amtshauptmannschaft Dresden-Z., und zwar R. als Nachläufer über 5 M. und St. über 3 M. Die Hunde der Genannten sollen die Angeklagten sein. Das wurde von R. und St. die beide ehemalige Entscheidung am Tagtag bestritten, da ihre Hunde im Raumstand waren. R. behauptete, auch die erste Strafverfolgung geahnt sei zu Unrecht erfolgt, er habe aber den Tather abgelehnt, um sich den Weg nach Dresden zu sparen. Als Verlosungsgegenwart waren bei Städter Boden und der Präsident Bach geladen. Diese erklärten, keine Ahnung von dem Vorfall zu haben, sie könnten sich gar nicht erklären, wie sie als Zeugen benannt werden seien. Die Entstehung der Strafmandate bleibt somit in mühelosem Dunkel gehüllt; die Angeklagten müssten natürlich freigesprochen werden.

Überordentliche Generalversammlung d. Zentralverbandes der Maler, Lackierer, Lüsterer und Anstreicher Deutschlands.

k. r. Berlin, 1. März.

In einer

Abendstunde

Die Generalversammlung gestaltete interne Angelegenheiten. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde beschlossen, den Beitrag zur Arbeitsförderung für die Beamten voll zu übernehmen, falls diese Mitglieder der Unterstützungsvereinigung sind. Für die Unterstützungsvereinigung wird wie bisher von der Organisation der halbe Beitrag entrichtet. Damit steht der Verbandsstag eine 14gliedrige Statutenberatungskommission ein, die einige Tage vor der ordentlichen Generalversammlung (im Mai oder Juni) zusammenzutreten hat.

Am heutigen

vierten Verhandlungstage

komte Mitteilung von der

Abschaffung der Schiedssprüche durch die Arbeitgeber

verordnet werden. Die Arbeitgeber haben also einen entgegengesetzten Weisung gesucht wie sämtliche Arbeiterorganisationen, denn auch die christlichen und sozialdemokratischen Organisationen kündigten Schiedssprüchen zu. Die Arbeitgeber wollen also den Kampf, erklärte das Vorstandsmitglied Streiter, wie haben verfügt, ihn zu vermeiden. Es sei damit zu rechnen, daß man es mit dem gesamten Arbeitgeberverband zu tun haben wird. Man könnte aber im gegenwärtigen Moment nicht sagen, wie sich die Ereignisse in den nächsten Tagen abspielen werden. Die Tafel des Verbandsrichter steht noch dem Vorgehen der Arbeitgeber, deren Stellungnahme für den Kampf noch nicht festgelegt sei. Morgen werde der Vorstand des Arbeitgeberverbandes zusammenkommen, dann werde man sehen, ob sie angefeindet wollen und ob sie dazu imstande sind. Der Verband sei gegründet, daß die Kollegen wäre es, sich streng an die Maßnahmen der Organisationen zu halten. Streiter erklärte im weiteren tatsächlich Maßnahmen für den Kampf. Dasselbe taten die Distriktsleiter aus deren Ausführungen herzöge, daß die Kollegen zu allen Opfern bereit sind und alles tun werden, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Der Standpunkt der Generalversammlung zur gegenwärtigen Situation kommt in nachfolgender Resolution zum Ausdruck, die eine einstimmige Abstimmung fand:

Die außerordentliche Generalversammlung nimmt Kenntnis von der Abschaffung der Schiedssprüche über einen neuen Reichsvertrag durch den Arbeitgeberverband im Malergewerbe. Sie erhält darin die Absicht, die schon bisher ganz ungerechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter des Malergewerbes,

die durch die Durchführung der Schiedssprüche noch keineswegs eine zeitgemäße Verbesserung erfahren würden, immer lieber herunterzuholen.

Die Generalversammlung beschließt daher die Mitglieder des Verbandes der Maler, alles einzufügen, um den geplanten Schlag des Arbeitgeberverbandes zur Verstärkung ihrer Erfordernisse in einer Zeit andauernder Lebensmittelsteuerung abzuwehren. Dazu ist erforderlich, daß die Kollegen den von Vorstand in besonderen Fällen in Verbindung mit dem Weizel angeordneten tatsächlichen Maßnahmen stärkste Gefolgschaft und Vollzugsleistung dazu eine noch bestimmte allgemeine Grundlagen geleistete Aktion wird behindern daß die arbeitsförderlichen Pläne der Arbeitgeber des Malergewerbes aussticht auf Erfolg haben.

Den Vorstand gibt die Generalversammlung anheim, falls der Wasserschutz gesetzte Kampf größeres Umfang annimmt, von seinen katalytischen Rechten zur Ausbringung besondere finanzielle Mittel und der Einführung einer Kartenzeit beim Bezug der Unterhängungen Gebrauch zu machen.

Damit waren die Arbeiten der außerordentlichen Generalversammlung beendet. Mit einem fröhlichen Schlusswort Toblers, in schönen Sätzen gesetzte Kampf größeres Umfang annimmt, von seinen katalytischen Rechten zur Ausbringung besondere finanzielle Mittel und der Einführung einer Kartenzeit beim Bezug der Unterhängungen Gebrauch zu machen.

Der Holzarbeiterverband ein politischer Verein.

Die Bemühungen, Gewerkschaftsorganisationen zu politischen Vereinen zu stempeln, waren bisher von sehr wechselndem Erfolg belebt. So war es bisher dem Holzarbeiterverband möglich, in allen Höfen, in denen Anklage erfolgte, Erfolgsprache zu erzielen. Jetzt hat ihn dasselbe Schiff erreicht wie mehrere andere Organisationen, bei denen Verarbeitung erfolgte. Allerdings sind die Gründe zur Verarbeitung so weit vorgeholt, daß sie nicht für überzeugend gelten können.

Gegen den Bevölkerungsamt der Jahnsiedlung Altdöland war am 20. Januar 1912 ein Strafbefehl ergangen, weil er sich der politischen Aufruhrerung zuwider gewegelt hatte, das Vorstandsmitglied der Jahnsiedlung erlaubte der Jahnsiedlung einzutreten. Eine gleiche Aufruhrerung war schon an eine Anzahl anderer Jahnsiedlungen ergangen mit dem Resultat, daß die Gerichte die Bestrafung von Schul und Strafe freistanden. Der gleichen Gefahr wollte sich anschließend die Anklagebehörde in Altdöland nicht aussetzen; sie hat ein rundes Jahr dazu gebraucht, um das Anklagematerial zusammenzutragen, daß Hammel und Höhle in Bewegung gesetzt, um die Anklage niedrig und leicht zu machen. Am 29. Januar 1913 kam die Sache vor dem Schiffsgericht in Altdöland zur Verhandlung. Das Resultat war die Verurteilung des Angeklagten zu 5 M. Die Ausfertigung des schriftlichen Urteils scheint noch ehezeitliche Mühe gemacht zu haben, denn es ist erst in den letzten Tagen herausgetragen.

Das Urteil untersucht zunächst die Frage, ob die Jahnsiedlung des Verbandes ein selbständiger Verein sei; es kommt zur Bejahung dieser Frage. Bei der Prüfung, ob die Jahnsiedlung eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten beübt, wird durch Anklagemaßnahmen festgestellt, daß der Anklagemaßnahmen nicht nach der Parteidurchsicht gestellt wurde, daß ein Mitglied lange Jahre Mitglied des Reichsvereins war und ein anderes dem Reichs-Verein angehört. Der vernommenen Zeuge entnahm sich auch nicht, daß er in einer Versammlung der Jahnsiedlung politische Fragen behandelt worden sind. Das Gericht hat auch festgestellt, daß nach dem für die Jahnsiedlung des Verbandes geltenden Statuten dieser die Förderung und Wahrung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder beabsichtigt und demnach jedenfalls in erster Reihe ein wirtschaftlicher Verein ist. Aber — so führt das Urteil weiter aus — es ist denkbar, daß ein Verein tatsächlich und dauernd in einer Richtung arbeitet, die seinen Sitzungsabenden durchaus widerstreift. Es könnte auch wirtschaftliche Vereine zu politischen werden, sobald sie das Gebiet des gewerkschaftlichen Lebens mit seinen konkreten Interessen verlassen, sobald sie durchgezogen in das häusliche Gebiet. Von Einwirkungen auf politische Angelegenheiten, insbesondere in den Betriebs- und Mitgliederversammlungen, ist auch nichts bekannt. Diese Einwirkung ist aber nicht nur männlich, sondern auch schriftlich durch Verbreitung von Zeitungsartikeln politischen und sozialpolitischen Inhalts möglich. Das Urteil des Holzarbeiterverbandes, die Holzgerichtsurteil, hat Artikel dieser Art gedacht, wie das Urteil in einer langen Liste von Blättern darlegt. Somit ist, so folgert das Gericht, der Gesamtverband als politischer Verein anzusehen, mit seine Jahnsiedlungen haben auch denselben politischen Charakter, denn diese sind trotz einer gewissen Selbständigkeit doch vom Verband abhängig und verpflichtet, die Werke und Streitungen beizustehen und demnach jedenfalls in erster Reihe ein wirtschaftlicher Verein ist. Aber — so führt das Urteil weiter aus — es ist denkbar, daß ein Verein tatsächlich und dauernd in einer Richtung arbeitet, die seinen Sitzungsabenden durchaus widerstreift. Es könnte auch wirtschaftliche Vereine zu politischen werden, sobald sie das Gebiet des gewerkschaftlichen Lebens mit seinen konkreten Interessen verlassen, sobald sie durchgezogen in das häusliche Gebiet. Von Einwirkungen auf politische Angelegenheiten, insbesondere in den Betriebs- und Mitgliederversammlungen, ist auch nichts bekannt. Diese Einwirkung ist aber nicht nur männlich, sondern auch schriftlich durch Verbreitung von Zeitungsartikeln politischen und sozialpolitischen Inhalts möglich. Das Urteil des Holzarbeiterverbandes, die Holzgerichtsurteil, hat Artikel dieser Art gedacht, wie das Urteil in einer langen Liste von Blättern darlegt. Somit ist, so folgert das Gericht, der Gesamtverband als politischer Verein anzusehen, mit seine Jahnsiedlungen haben auch denselben politischen Charakter, denn diese sind trotz einer gewissen Selbständigkeit doch vom Verband abhängig und verpflichtet, die Werke und Streitungen beizustehen und demnach jedenfalls in erster Reihe ein wirtschaftlicher Verein ist. Aber — so führt das Urteil weiter aus — es ist denkbar, daß ein Verein tatsächlich und dauernd in einer Richtung arbeitet, die seinen Sitzungsabenden durchaus widerstreift. Es könnte auch wirtschaftliche Vereine zu politischen werden, sobald sie das Gebiet des gewerkschaftlichen Lebens mit seinen konkreten Interessen verlassen, sobald sie durchgezogen in das häusliche Gebiet. Von Einwirkungen auf politische Angelegenheiten, insbesondere in den Betriebs- und Mitgliederversammlungen, ist auch nichts bekannt. Diese Einwirkung ist aber nicht nur männlich, sondern auch schriftlich durch Verbreitung von Zeitungsartikeln politischen und sozialpolitischen Inhalts möglich. Das Urteil des Holzarbeiterverbandes, die Holzgerichtsurteil, hat Artikel dieser Art gedacht, wie das Urteil in einer langen Liste von Blättern darlegt. Somit ist, so folgert das Gericht, der Gesamtverband als politischer Verein anzusehen, mit seine Jahnsiedlungen haben auch denselben politischen Charakter, denn diese sind trotz einer gewissen Selbständigkeit doch vom Verband abhängig und verpflichtet, die Werke und Streitungen beizustehen und demnach jedenfalls in erster Reihe ein wirtschaftlicher Verein ist. Aber — so führt das Urteil weiter aus — es ist denkbar, daß ein Verein tatsächlich und dauernd in einer Richtung arbeitet, die seinen Sitzungsabenden durchaus widerstreift. Es könnte auch wirtschaftliche Vereine zu politischen werden, sobald sie das Gebiet des gewerkschaftlichen Lebens mit seinen konkreten Interessen verlassen, sobald sie durchgezogen in das häusliche Gebiet. Von Einwirkungen auf politische Angelegenheiten, insbesondere in den Betriebs- und Mitgliederversammlungen, ist auch nichts bekannt. Diese Einwirkung ist aber nicht nur männlich, sondern auch schriftlich durch Verbreitung von Zeitungsartikeln politischen und sozialpolitischen Inhalts möglich. Das Urteil des Holzarbeiterverbandes, die Holzgerichtsurteil, hat Artikel dieser Art gedacht, wie das Urteil in einer langen Liste von Blättern darlegt. Somit ist, so folgert das Gericht, der Gesamtverband als politischer Verein anzusehen, mit seine Jahnsiedlungen haben auch denselben politischen Charakter, denn diese sind trotz einer gewissen Selbständigkeit doch vom Verband abhängig und verpflichtet, die Werke und Streitungen beizustehen und demnach jedenfalls in erster Reihe ein wirtschaftlicher Verein ist. Aber — so führt das Urteil weiter aus — es ist denkbar, daß ein Verein tatsächlich und dauernd in einer Richtung arbeitet, die seinen Sitzungsabenden durchaus widerstreift. Es könnte auch wirtschaftliche Vereine zu politischen werden, sobald sie das Gebiet des gewerkschaftlichen Lebens mit seinen konkreten Interessen verlassen, sobald sie durchgezogen in das häusliche Gebiet. Von Einwirkungen auf politische Angelegenheiten, insbesondere in den Betriebs- und Mitgliederversammlungen, ist auch nichts bekannt. Diese Einwirkung ist aber nicht nur männlich, sondern auch schriftlich durch Verbreitung von Zeitungsartikeln politischen und sozialpolitischen Inhalts möglich. Das Urteil des Holzarbeiterverbandes, die Holzgerichtsurteil, hat Artikel dieser Art gedacht, wie das Urteil in einer langen Liste von Blättern darlegt. Somit ist, so folgert das Gericht, der Gesamtverband als politischer Verein anzusehen, mit seine Jahnsiedlungen haben auch denselben politischen Charakter, denn diese sind trotz einer gewissen Selbständigkeit doch vom Verband abhängig und verpflichtet, die Werke und Streitungen beizustehen und demnach jedenfalls in erster Reihe ein wirtschaftlicher Verein ist. Aber — so führt das Urteil weiter aus — es ist denkbar, daß ein Verein tatsächlich und dauernd in einer Richtung arbeitet, die seinen Sitzungsabenden durchaus widerstreift. Es könnte auch wirtschaftliche Vereine zu politischen werden, sobald sie das Gebiet des gewerkschaftlichen Lebens mit seinen konkreten Interessen verlassen, sobald sie durchgezogen in das häusliche Gebiet. Von Einwirkungen auf politische Angelegenheiten, insbesondere in den Betriebs- und Mitgliederversammlungen, ist auch nichts bekannt. Diese Einwirkung ist aber nicht nur männlich, sondern auch schriftlich durch Verbreitung von Zeitungsartikeln politischen und sozialpolitischen Inhalts möglich. Das Urteil des Holzarbeiterverbandes, die Holzgerichtsurteil, hat Artikel dieser Art gedacht, wie das Urteil in einer langen Liste von Blättern darlegt. Somit ist, so folgert das Gericht, der Gesamtverband als politischer Verein anzusehen, mit seine Jahnsiedlungen haben auch denselben politischen Charakter, denn diese sind trotz einer gewissen Selbständigkeit doch vom Verband abhängig und verpflichtet, die Werke und Streitungen beizustehen und demnach jedenfalls in erster Reihe ein wirtschaftlicher Verein ist. Aber — so führt das Urteil weiter aus — es ist denkbar, daß ein Verein tatsächlich und dauernd in einer Richtung arbeitet, die seinen Sitzungsabenden durchaus widerstreift. Es könnte auch wirtschaftliche Vereine zu politischen werden, sobald sie das Gebiet des gewerkschaftlichen Lebens mit seinen konkreten Interessen verlassen, sobald sie durchgezogen in das häusliche Gebiet. Von Einwirkungen auf politische Angelegenheiten, insbesondere in den Betriebs- und Mitgliederversammlungen, ist auch nichts bekannt. Diese Einwirkung ist aber nicht nur männlich, sondern auch schriftlich durch Verbreitung von Zeitungsartikeln politischen und sozialpolitischen Inhalts möglich. Das Urteil des Holzarbeiterverbandes, die Holzgerichtsurteil, hat Artikel dieser Art gedacht, wie das Urteil in einer langen Liste von Blättern darlegt. Somit ist, so folgert das Gericht, der Gesamtverband als politischer Verein anzusehen, mit seine Jahnsiedlungen haben auch denselben politischen Charakter, denn diese sind trotz einer gewissen Selbständigkeit doch vom Verband abhängig und verpflichtet, die Werke und Streitungen beizustehen und demnach jedenfalls in erster Reihe ein wirtschaftlicher Verein ist. Aber — so führt das Urteil weiter aus — es ist denkbar, daß ein Verein tatsächlich und dauernd in einer Richtung arbeitet, die seinen Sitzungsabenden durchaus widerstreift. Es könnte auch wirtschaftliche Vereine zu politischen werden, sobald sie das Gebiet des gewerkschaftlichen Lebens mit seinen konkreten Interessen verlassen, sobald sie durchgezogen in das häusliche Gebiet. Von Einwirkungen auf politische Angelegenheiten, insbesondere in den Betriebs- und Mitgliederversammlungen, ist auch nichts bekannt. Diese Einwirkung ist aber nicht nur männlich, sondern auch schriftlich durch Verbreitung von Zeitungsartikeln politischen und sozialpolitischen Inhalts möglich. Das Urteil des Holzarbeiterverbandes, die Holzgerichtsurteil, hat Artikel dieser Art gedacht, wie das Urteil in einer langen Liste von Blättern darlegt. Somit ist, so folgert das Gericht, der Gesamtverband als politischer Verein anzusehen, mit seine Jahnsiedlungen haben auch denselben politischen Charakter, denn diese sind trotz einer gewissen Selbständigkeit doch vom Verband abhängig und verpflichtet, die Werke und Streitungen beizustehen und demnach jedenfalls in erster Reihe ein wirtschaftlicher Verein ist. Aber — so führt das Urteil weiter aus — es ist denkbar, daß ein Verein tatsächlich und dauernd in einer Richtung arbeitet, die seinen Sitzungsabenden durchaus widerstreift. Es könnte auch wirtschaftliche Vereine zu politischen werden, sobald sie das Gebiet des gewerkschaftlichen Lebens mit seinen konkreten Interessen verlassen, sobald sie durchgezogen in das häusliche Gebiet. Von Einwirkungen auf politische Angelegenheiten, insbesondere in den Betriebs- und Mitgliederversammlungen, ist auch nichts bekannt. Diese Einwirkung ist aber nicht nur männlich, sondern auch schriftlich durch Verbreitung von Zeitungsartikeln politischen und sozialpolitischen Inhalts möglich. Das Urteil des Holzarbeiterverbandes, die Holzgerichtsurteil, hat Artikel dieser Art gedacht, wie das Urteil in einer langen Liste von Blättern darlegt. Somit ist, so folgert das Gericht, der Gesamtverband als politischer Verein anzusehen, mit seine Jahnsiedlungen haben auch denselben politischen Charakter, denn diese sind trotz einer gewissen Selbständigkeit doch vom Verband abhängig und verpflichtet, die Werke und Streitungen beizustehen und demnach jedenfalls in erster Reihe ein wirtschaftlicher Verein ist. Aber — so führt das Urteil weiter aus — es ist denkbar, daß ein Verein tatsächlich und dauernd in einer Richtung arbeitet, die seinen Sitzungsabenden durchaus widerstreift. Es könnte auch wirtschaftliche Vereine zu politischen werden, sobald sie das Gebiet des gewerkschaftlichen Lebens mit seinen konkreten Interessen verlassen, sobald sie durchgezogen in das häusliche Gebiet. Von Einwirkungen auf politische Angelegenheiten, insbesondere in den Betriebs- und Mitgliederversammlungen, ist auch nichts bekannt. Diese Einwirkung ist aber nicht nur männlich, sondern auch schriftlich durch Verbreitung von Zeitungsartikeln politischen und sozialpolitischen Inhalts möglich. Das Urteil des Holzarbeiterverbandes, die Holzgerichtsurteil, hat Artikel dieser Art gedacht, wie das Urteil in einer langen Liste von Blättern darlegt. Somit ist, so folgert das Gericht, der Gesamtverband als politischer Verein anzusehen, mit seine Jahnsiedlungen haben auch denselben politischen Charakter, denn diese sind trotz einer gewissen Selbständigkeit doch vom Verband abhängig und verpflichtet, die Werke und Streitungen beizustehen und demnach jedenfalls in erster Reihe ein wirtschaftlicher Verein ist. Aber — so führt das Urteil weiter aus — es ist denkbar, daß ein Verein tatsächlich und dauernd in einer Richtung arbeitet, die seinen Sitzungsabenden durchaus widerstreift. Es könnte auch wirtschaftliche Vereine zu politischen werden, sobald sie das Gebiet des gewerkschaftlichen Lebens mit seinen konkreten Interessen verlassen, sobald sie durchgezogen in das häusliche Gebiet. Von Einwirkungen auf politische Angelegenheiten, insbesondere in den Betriebs- und Mitgliederversammlungen, ist auch nichts bekannt. Diese Einwirkung ist aber nicht nur männlich, sondern auch schriftlich durch Verbreitung von Zeitungsartikeln politischen und sozialpolitischen Inhalts möglich. Das Urteil des Holzarbeiterverbandes, die Holzgerichtsurteil, hat Artikel dieser Art gedacht, wie das Urteil in einer langen Liste von Blättern darlegt. Somit ist, so folgert das Gericht, der Gesamtverband als politischer Verein anzusehen, mit seine Jahnsiedlungen haben auch denselben politischen Charakter, denn diese sind trotz einer gewissen Selbständigkeit doch vom Verband abhängig und verpflichtet, die Werke und Streitungen beizustehen und demnach jedenfalls in erster Reihe ein wirtschaftlicher Verein ist. Aber — so führt das Urteil weiter aus — es ist denkbar, daß ein Verein tatsächlich und dauernd in einer Richtung arbeitet, die seinen Sitzungsabenden durchaus widerstreift. Es könnte auch wirtschaftliche Vereine zu politischen werden, sobald sie das Gebiet des gewerkschaftlichen Lebens mit seinen konkreten Interessen verlassen, sobald sie durchgezogen in das häusliche Gebiet. Von Einwirkungen auf politische Angelegenheiten, insbesondere in den Betriebs- und Mitgliederversammlungen, ist auch nichts bekannt. Diese Einwirkung ist aber nicht nur männlich, sondern auch schriftlich durch Verbreitung von Zeitungsartikeln politischen und sozialpolitischen Inhalts möglich. Das Urteil des Holzarbeiterverbandes, die Holzgerichtsurteil, hat Artikel dieser Art gedacht, wie das Urteil in einer langen Liste von Blättern darlegt. Somit ist, so folgert das Gericht, der Gesamtverband als politischer Verein anzusehen, mit seine Jahnsiedlungen haben auch denselben politischen Charakter, denn diese sind trotz einer gewissen Selbständigkeit doch vom

Montag den 3. März 1913

Reichstag.

123. Sitzung, Sonnabend, den 1. März, vormittags 11 Uhr.
Im Bundesratssaal: v. Tirsip.

Die zweite Verhandlung des Marineklaus.

Abg. Vogtherr (Soz.):

Die Budgetkommission hat den Staatssekretär des Marineministeriums den Bericht über das Verhältnis zwischen dem Reichstag und England zu überprüfen. Was der Staatssekretär sagt, war keineswegs so welterschütternd, als die bürgerliche Presse darzustellen suchte, es ging nicht über das hinaus, was jeder hören könnte, der mit offenen Augen die Rüstungen verfolgt. Das ist ein Stillstand in den Rüstungen eintreten soll, davon kann jedoch natürlich keine Rede sein; das Verhältnis 10 : 16, das der Staatssekretär als das annehmbare bezeichnete, ist bereits das, in dem wir jetzt leben, und der Staatssekretär will sich damit begnügen. Hört die Zukunft und für einen anderen Staatssekretär darf man daraus keine Schüsse geben. Herr v. Tirsip hat nur erklärt, verläßt bei einer neuen Marinevorlage nicht zu erwarten, von einem Stillstand der Rüstungen an sich das er nicht gesprochen. Das Verhältnis von 10 : 16 ermöglicht sowohl in England wie in Deutschland noch eine unbegrenzte Steigerung der Rüstungsaufgaben. Ich möchte auf das bestimmtste erklären, daß für meine Parteifreunde dieses Verhältnis noch das weiteste sein Ideal bedeutet, sondern daß wir noch nie auf der Forderung bestehen, zu einer beiderseitigen Abstimmung zu gelangen. (Sche richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Aufrüstung des Staatssekretärs einen nachhaltigen Wert haben sollte, so könnte man zunächst eine gewisse Verständigung mit England einzubringen und in weiterer Folge zu Verständigungen kommen, die zu einer Abstimmung führen könnten. (Sche richtig!) Sie haben aber nicht das Vertrauen, so wenig wie England es hat, daß man bei den Rüstungsbeschränkungen zu Wasser und zu Lande aufgehen wird. Wenn bei Herrn v. Tirsip augenscheinlich nicht die Absicht einer Vermehrung der Flotte besteht, so gibt das für später und für einen anderen Staatssekretär durchaus keine Gewähr. In einer Besprechung der Rüstungs- und damit auch der Finanzverhältnisse kann es aber nur kommen auf Grund von Verbindbarungen über die Abstimmung. Auch im vorherigen Jahre hat Staatssekretär v. Tirsip erklärt, zum Schutz unserer Kolonien sei es nicht erforderlich, daß die deutsche Flotte so groß sei wie die der größten Seemacht; das wäre nur nötig, wenn man aggressiv sein wollte. Wenn ich dies Ziel nicht erreichen können, selbst wenn man das Volk bis aufs Blut ansprechen; bei solcher Ausdehnung der wirtschaftlichen Kräfte des Volkes würde nichts übrig bleiben, was so schön ist; übrig bliebe nur ein Torso unserer Industrie, unserer Kolonialstellung, unserer wirtschaftlichen Stellung, die man anstatt zu föhren, durch solche Steigerung der Rüstungen mehr und mehr dem Abgrund ausführt. (Sche richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit der Erfahrung, eine neue Flottenvorlage sei nicht zu erwarten, will man das deutsche Volk nur ein wenig verunsichern lassen, denn das allgemeine Rüstungsschicksal ist bei der Kriegsleitung und den bürgerlichen Parteien noch lange nicht befriedigt. Gleichzeitig doch gerade jetzt, wo nach der bürgerlichen Presse die Erklärungen der beiden Staatssekretäre eine Reta des Stillstandes der Flottentümmlungen einleiten sollen, die Forderung von 10 Millionen für eine Flottestaffette über uns und eine Haarschweife, die darüber Ausgaben von 200 Millionen Mark und einmalige Ausgaben in Höhe von einer Milliarde erfordert. Das bedeutet neue Auffassungen, die zu einer vollständigen Entfaltung aller Kräfte führen müssen, die sich an diesem wohinmöglichen Weltmarkt beteiligen. Dazu kommt, daß die Schiffsbauten immer teurer werden. Ein großer Kreuzer kostete 1900 16 Millionen, jetzt bereits 44, ein kleinerer kostet 8½ Millionen gegen 3½ im Jahre 1900, ein Zweienschiff 47½ Millionen gegen 24. Dazu kommen die Steigerungen der Kosten für die Aufrechterhaltung der Marine, die 1906 2½ Millionen erforderten, 1911 50 Millionen und 1913 bereits 57 Millionen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Anhang zu den Erklärungen des englischen Premierministers Aquid erklärt Herr v. Tirsip, das sei von einer Bereitschaft Englands, in Verhandlungen über die Rüstungen einzutreten, nichts bekannt. Wie verträgt sich das mit den Aussagen des Reichskanzlers Fürsten Bismarck, das die Einschätzung einer solchen Verständigung keinen Erfolg verspräche, und mit den Ausführungen des Reichskanzlers v. Schleicher? Hoffnung, der sich im März 1911 erneut laut machte über vergleichbare Phantasien und der meiste finanzielle Kräfte entscheiden, wie viel und wie lange weiter zu rütteln werde. Dann würden wir eigentlich England gegenüber stehen im Mittelpunkt bleiben, denn England ist kapitalistischer, und jetzt zählen auch die Bevölkerung Steuern. Bei uns aber haben die Bevölkerung Steuern sind schwächer als der Punkt am Wehrhaftigkeit. Meinen Freunden bedenkt man diesen Standpunkt als unpatriotisch. Wir haben aber einen Bundesminister, den Herrn Dr. Oertel, der im Bund der Landwirte saß; er soll sie hüten, Dinge vorzulegen, die wir nicht machen können, weil es gegen unsere Ehre geht — gemeint ist gegen unseren Geldbeutel. (Sche gut! bei den Sozialdemokraten) — weil geistige Steuern uns mehr schaden als nützen würden." (Abg. Dr. Oertel: Sche richtig!) Sie, Herr Oertel, halten eben andere Steuern als vernünftig wie wir; Steuern, die die Familien treffen, die die Steuern, die den Reich und das große Kapital tragen. Da können Sie sehen, welche eine schwärze Stelle hinter dieser heuchlerisch weißen Peche wohnt. (Heiterkeit) — Präsident Kämpf ruft den Redner für diese Beleidigung eines Abgeordneten auf. Dieses Wort von Herrn Oertel soll eingeworfen, und von großer Nutzen sein. Man muß sich merken, daß bei Herrn Oertel und seinen Freunden die Lust zu Rüstungen nicht so groß ist wie das Besteht, daß auch fernher möglichst von direkten Reichsbeamten zu drücken, daß sie vereiteln, die Wehrhaftigkeit des Reichs zu vermindern, anstatt ihre Steuerlast zu vergroßern.

Der Staatssekretär des Auswärtigen hat in der Kommission erfüllt, der intime Gedanken austausch mit England habe mit dazu beigetragen, Schwierigkeiten aller Art zu haben. Wir haben jedoch, daß wir nicht nur Berührungspunkte sentimentaler Art mit England haben, sondern auch gleiche Interessen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Also bis jetzt hat die deutsche Diplomatie das nicht gewußt. (Heiterkeit.) Wie haben immer gewußt, daß uns schwierigende Interessen mit England verbunden, und betrachten dazu keines „intimen diplomatischen Gedanken austausches“. Wir haben auch nicht nur Interessen der auswärtigen Politik und des Großkapitals mit England gemein, sondern vor allem die Interessen des Volkes, und eine Verständigung mit England würde den Interessen beider Völker und der ganzen zivilisierten Welt dienen. Natürlich denken wir dabei nicht an eine Erweiterung des Kolonialpolitik, wir wissen, daß das Gefühl der Sicherheit des zweiten Völkerkreises fremd ist. Wir wissen, daß Englands und Deutschlands Handel und Industrie Hand in Hand gehen. Das heißt gilt auch vom Deutschland und Frankreich. Auch hier sollte der West und die Wucht der wirtschaftlichen gemeinschaftlichen Interessen nicht als bisher in den Vordergrund gestellt werden, dann würden die Chauvinisten in Frankreich, England und Deutschland sich wohl

halten, diese Kulturrückstände weiter auf Spiel zu setzen. (Sche wahnsinnig! bei den Sozialdemokraten.)

Nach dem leichten Statistischen Jahrbuch beträgt die Ausfuhr von England und seinen Kolonien nach Deutschland 1702 Millionen, die Einfahrt dorthin aus Deutschland 1375 Millionen Mark. Die Engländer wären also schlechte Geschäftsfreunde, wenn sie sich leichtfertig eines solchen Abschlagsbüches beruhnen würden. Und ebenso wäre es ein Abschlag von Deutschland, wenn sie um der Rüstungen willen unsere Handelsbeziehungen zu England leiden ließen. Zum übrigen ist die Zeit vorüber, wo die Krise durch die Rüstungswirtschaft bestimmt wurde; heute ist der Willen des Volkes, der den besten Friedensschluß bietet. (Sche wahnsinnig! bei den Sozialdemokraten.) Nach den Anschauungen der systematischen Flottentheorie im Flottenverein ist der Staatssekretär v. Tirsip allerdings eindeutig verdeckt, nicht genug für unsere Rüstung zu tun. Nach der Ansicht dieser Theorie hat es bisher nichts als eine Rüstungsbasis gebaut. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie kann man die Wahrheit nicht auf den Kopf stellen! Besonders tritt der Großadmiral v. Möller bei diesen Theorieberichten in den Vordergrund, über im Flottenverein einen Vortrag gehalten hat, worin er wölflich sagte: „England ist der freie Friedenshäuter, die englische Flotte braucht eine Walford.“ (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär hatte im Aufschluß an seine Schilderung der politischen Lage erklärt, dieser Beginn der Verständigung mit England sei eine sehr gute Pfanne, die man recht schwindend behandeln müsse. Wie dabei Ihnen damals schon gesagt, er möge seine Warnung an eine andere Seite richten. Ich erinnere daran, daß im Dezember v. A. nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblatt“ der Kapitän zur See a. D. Arzt Weierschmid-Hülsken im Flottenverein einen Vortrag gehalten hat, worin er wölflich sagte: „England ist der freie Friedenshäuter, die englische Flotte braucht einen Walford.“ (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) So mit dieser garten Pfanne von denen behandelt, die sich annehmen und Belohnungen darüber zu erzielen, wie wir das Verhältnis zum Ausland behandeln sollen. (Sche guß! bei den Sozialdemokraten.) Die englische Flotte, die bereit sind, Millionen und Millionen für neue Rüstungsaufgaben zu benötigen, machen sich nicht das geringste Kopfzerbrechen, auf welche Weise einmal die Rüstung erfolgen soll. (Sche richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zu diesen professionellen Flottenberatern kommt dann noch die kleine Gruppe der an den Rüstungen interessierten Industrie und des beteiligten Großkapitals. (Sche wahnsinnig! bei den Sozialdemokraten.) Der Weizsäcker der Armeefinanzen, der Schiffbauunternehmen, der Kanonen- und Munitionsfabriken blüht, so lange in der Weise gegen alle Vernunft geht und gerüstet wird. (Sche richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von Jahr zu Jahr wird Deutschland von den Panzerplatten- und Geschützberatern aus das Idamloch über die Ohren schauen. (Hört! Hört! Diese Industriellen sind international im vermögenden Sinne des Wortes. 1912 wurden aus Deutschland 18719 Tonnageantner bewaffneten und Ausland ausgeschickt, doppelt so viel als im Jahre vorher; an Spritzenflaschen, Schießbedarf und Munitionen 212 429 Tonnageantner im Wert von 64½ Millionen Mark. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Der diesjährige Etat ist mit Reuentheuren wieder schwer belastet. Da ist es um so unverantwortlicher, daß noch mit einer Ausgabe von 5 Millionen als erste Stufe zum Bau eines Großschiffes für das Kaiserjäger-Kreuzerboot zu beginnen, das vorläufig auf 10 Millionen veranschlagt ist. Graf Bismarck hat in der Rundschau gegen die Kreuzer, die insbesondere mein Freund Verdour an dieser Forderung geäußert hat, ein Vemordement militärischer Entwicklung erüttelt. Ich möchte ihm das öffentlich antworten: es wird ihm vielleicht von Autoren sein. Güt und handelt es ja um um so große, ob dies überhaupt nötig ist, und diese Frage verneinen wir selbst nach der Begründung, die der Staatssekretär dieser Forderung gab, wonach der Kaiser ein eigenes Schiff zu verlangen habe, als oberster Kommandierender der Flotte. Erfahrungsgemäß dienstet aber dieses Schiff diesem Zweck am allerwenigsten, in der Hauptrolle ist es ein Lurus- und Spazierkreuzer für höchst persönliche Zwecke (Sche wahnsinnig! bei den Sozialdemokraten), die mit den Interessen des Kaiserreichs in gut keiner Beziehung mehr stehen. Daher sollte dem Kaiser begreiflich gemacht werden, daß, wenn er Bedarf noch in einem solchen Schiff hat, er doch auch die Einsicht haben müßte, daß in dem Alter des Reichs alles gespart werden muß, um dem Volke doch sowieso schon bekränzt und bedroht genug ist, nicht auch noch diese Last aufzuerlegen. Es ist mir eine Forderung antimonarchischer Art, sondern eine Forderung der Gerechtigkeit und Vernunft, daß, wenn der Kaiser den Wunsch hat, auch ferner ein soldatesches Schiff zu benötigen, und wenn er das oft nicht auf seine Kosten reparieren lassen will, er bitte freundlichst ein neues aus seiner eigenen Tasche bezahlen möge. (Sche gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren den Oberen bis zu den Konferenzräumen brauchen deshalb noch gar nicht an eine neue Erhöhung der Rüstung zu denken. Wenn auch der Kaiser Bismarck inzwischen seine Originalität verloren hat, so findet ihn vielleicht das Boss-indicus maior bereit, die Kosten zu zahlen. (Große Heiterkeit.) Zu derselben Zeit, wo das Volk durch seine Steuererhebung das ganze Werk der Rüstungen zu tragen hat, haben wir darüber zu sagen, daß die Stärke des arbeitenden Volkes, die der Marine am nächsten stehen, nicht die Wertschätzung erfahren, die sie zu verdienen haben, daß die Marineverwaltung eine unentbehrliche Bedeutung ihres Petitionsrechts vorausgesetzt hat, die Kollektivstreitigkeiten sind verboten, und als solche sollen sogar Petitionen betrachtet werden, die, wenn auch von ganz verschiedenen Seiten ausgeschlagen, ausfällig daselbst Ziel im Auge haben. (Hört! Hört!) Ferner haben wir erlebt, daß der Staatssekretär nach bestürztem Rücktritt durch seine Verteilungen auf die Arbeitnehmer und Arbeitnehmer der Reichsverteidigung darf in keiner Weise bestimmt werden; eine entsprechende Resolution haben wir eingeschafft. — Die Bedenken des Staatssekretärs gegen die zweijährige Dienstzeit sind für uns nicht überzeugend; für die Rüstungskräfte kann es eine Ausbildung gewährt werden. Der konserватive Redner sprach von der Notwendigkeit der Opfer für die Flotte. Offiziell werden Freunde sich daran erinnern, wenn demnächst eine gleichmäßige wirtschaftliche Verschärfung auf die Tagesschaltung folgt. (Große Heiterkeit.) Es wünsche aber eine Zusammenstellung.

Abg. Erzberger (B.): Der Vorredner hat es so dargestellt, als ob Deutschland alle Welt zum Rüstungswahnstein auspeitsche. Das ist ganz unzulässig, selbst der „Vormärz“ hat in seinen Londoner Correspondenzen bewiesen, daß Deutschland nur dem Beispiel Englands folgt. Die Hauptaufgabe unserer Marine wird in Zukunft die Förderung des Handels- und Flugzeugbaus sein. (Sche richtig! rechts.)

Unberechtigt ist die Behauptung der Beleidigungen von Helgoland. Unberechtigt ist die Reparaturierung unserer Schiffe, aber auch fabelhaft teuer. Man muß sie zu verbilligen suchen, sonst könnte die Flotte auslaufen, ob nicht der Staat eine eigene Panzerplatten- und Kanonenfaktur errichten sollte. Aber auf jeden Fall lieber eine kleine Flotte, als eine halbwegs veraltete; das wäre in der Tat eine Zugangsflotte, von der der Vorredner sprach. (Sche richtig! rechts.) Unsere Flotte braucht auch ein gut ausgebildetes Material. — Die der Tafelgelderfrage erfolgte Lösung begehrten wir, in Zukunft werden dann nach Tafelgeld zu Untertanen nicht mehr ausgeschaut. — Die Revolutionen der Kommission auf Verbesserung der Stellung der Defensionskrieger und auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Marineinfanterie und Matrosenartillerie sind vom Zentrum beantragt worden; wir werden für sie eintragen. Solange es eine Zentrumskoalition gibt — und die wird es geben, solange das Deutsche Reich besteht (Hört! Hört!), solange werden wir auch für das Bestehen einer großen ostsiedlungsbefindenden Flotte sorgen. (Klatsch im Zentrum.)

In finanziellem Hinsicht ist es sehr erfreulich, daß die Zusammensetzung für den Bau von Schiffen heruntergegangen ist. Hoffentlich kommen wir in wenigen Jahren dazu, die Schiffe ganz auf Kosten der gegenwärtigen Generation und ohne Anleide zu bauen. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirsip: Auf Herrn Vogtherr's Ausführungen über die „Hohenzollern“ kann ich nur wiederholen, was ich schon in der Kommission gesagt habe, die „Hohenzollern“ ist kein Purzschiff, sondern notwendig für die repräsentativen und dienstlichen Zwecke des deutschen Kaiserreichs. (Zustimmung der bürgerlichen Parteien. Beifall bei den Sozialdemokraten; für seine persönlichen Zwecke!) Redner verzweigt sich dann über die Einstufung der Marineverwaltung und verzichtet die Befreiung ihrer jährlich angelegten Seefahrten, aus einer Menge einen Toten zu machen. (Heiterkeit.) Speziell bei den Panzerplatten habe die Verwaltung den Preis schon sehr erheblich herabgebracht. Im Bezug auf die zweijährige Dienstzeit bin ich ganz anderer Meinung als Herr Erzberger. Gerade weil unsere Flotte so, wie sie besteht, nur durch das Zentrum bestehlt, ist es peinlich, daß vom Zentrum ein Antrag in der Richtung einer Schädigung der Marine kommt. jedenfalls in die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Marineinfanterie und der Matrosenartillerie ganz unmöglich.

Abg. Dr. Paech (SPD): Auch wir sogenannten Flottenpatronen haben niemals eine Angreifflotte bauen wollen. Wir brauchen eine Flotte, denn Deutschland ist nicht mehr bloß Landmacht. Wir freuen uns, daß wir die Flotte so günstig ausgebaut haben. Sich erfreut, daß im politischen Zentrum, die Herr Erzberger angeführten ist, um so erstaunlicher, als man nun der Haltung des Zentrums in der Kommission, wo der Staatssekretär sogar mit seinem Rücktritt drohte, eine ganz andere Haltung beobachten müsse. Da bezugt ein Material und Personal keinen wie mit Stolz auf unsere Flotte, so wie sie besteht, nur durch das Zentrum bestehlt, ist es peinlich, daß vom Zentrum ein Antrag in der Richtung einer Schädigung der Marine kommt. jedenfalls in die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Marineinfanterie und der Matrosenartillerie ganz unmöglich.

Abg. Grabner (L): Wir hätten eigentlich zum Marineamt gar nichts zu sagen, wenn wir nicht ein paar Wünsche vorbringen wollten, vor allem, daß verschiedene von der Budgetkommission gestrichene Posten wiederhergestellt werden, so die Kosten für zwei Geschwader, als Depotschiff direkt und als Verwaltungsdirektor. Für die Wohl und Wehe. (Große Heiterkeit.) Politischen Akteuren muß der Eintritt in die Reichsflotte verboten sein, und ebenso der Eintritt in den Reichstag. (Sturmische Heiterkeit.) Die dreijährige Dienstzeit muß beobehaltenbleiben, in diesen Dingen glauben wir, daß auch außerzulegen. Es ist mir eine Forderung antimonarchischer Art, sondern eine Forderung der Gerechtigkeit und Vernunft, daß, wenn der Kaiser den Wunsch hat, auch ferner ein soldatesches Schiff zu benötigen, und wenn er das oft nicht auf seine Kosten reparieren lassen will, er bitte freundlichst ein neues aus seiner eigenen Tasche bezahlen möge. (Sche gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren den Oberen bis zu den Konferenzräumen brauchen deshalb noch gar nicht an eine neue Erhöhung der Rüstung zu denken. Wenn auch der Kaiser Bismarck inzwischen seine Originalität verloren hat, so findet ihn vielleicht das Boss-indicus maior bereit, die Kosten zu zahlen. (Große Heiterkeit.) Zu derselben Zeit, wo das Volk durch seine Steuererhebung das ganze Werk der Rüstungen zu tragen hat, haben wir darüber zu sagen, daß die Stärke des arbeitenden Volkes, die der Marine am nächsten stehen, nicht die Wertschätzung erfahren, die sie zu verdienen haben, daß die Marineverwaltung eine unentbehrliche Bedeutung ihres Petitionsrechts vorausgesetzt hat, die Kollektivstreitigkeiten sind verboten, und als solche sollen sogar Petitionen betrachtet werden, die, wenn auch von ganz verschiedenen Seiten ausgeschlagen, ausfällig daselbst Ziel im Auge haben. (Hört! Hört!) Ferner haben wir erlebt, daß der Staatssekretär nach bestürztem Rücktritt durch seine Verteilungen auf die Arbeitnehmer und Arbeitnehmer der Reichsverteidigung darf in keiner Weise bestimmt werden; eine entsprechende Resolution der Sozialdemokraten haben wir eingeschafft. — Das Petitionsrecht der Sozialdemokraten ist ja jetzt gerechtfertigt, daß wir in der Zentrale nicht wie beim „Berliner Tageblatt“. (Heiterkeit.) Die Ausgaben der Marineverwaltung haben eine große Höhe erreicht, darum ist es verkehrt, daß die Sozialdemokraten wiederhergestellt werden, so die Kosten für zwei Geschwader, als Depotschiff direkt und als Verwaltungsdirektor. Für die Wohl und Wehe. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär sollte mit immer eingetreten, für Arbeit, Handwerker und Techniker gesorgt werden. (Klatsch bei den Sozialdemokraten.) Das ist ja im Elat! (Heiterkeit.) Es macht mich auch (Heiterkeit). Ich wünsche aber eine Zusammenstellung.

Staatssekretär v. Tirsip will dringend um Annahme eines fortwährenden Antrages auf Wiederherstellung der in der Kommission gestrichenen Zugaben für zwei Geschwader als Depotschiff und Verwaltungsdirektor.

Abg. Dr. Wiemer (SPD): Wir werden diesem Antrage zustimmen. Wir sind für Abreise im Marinaciel, doch nur, wo es notwendig sind. Parlamentarisch und parteipolitischen Tendenzen können wir dagegen nicht untersagen. In der Kommission kam ein solcher Fall vor, und der Staatssekretär wäre ja an ungünstigen Tafelgeldern gestorben. (Heiterkeit.) Ansatzweise ist ja jetzt gerechtfertigt, daß wir in der Zentrale nicht wie beim „Berliner Tageblatt“ der Sozialdemokraten, Angestellten und Arbeitern der Reichsverteidigung darf in keiner Weise bestimmt werden; eine entsprechende Resolution haben wir eingeschafft. — Die Bedenken des Staatssekretärs gegen die zweijährige Dienstzeit sind für uns nicht überzeugend; für die Rüstungskräfte kann es eine Ausbildung gewährt werden. Der konserватive Redner sprach von der Notwendigkeit der Opfer für die Flotte. Offiziell werden Freunde sich daran erinnern, wenn demnächst eine gleichmäßige wirtschaftliche Verschärfung auf die Tagesschaltung folgt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Schulz (SPD): Gerade die Parteien der Linken haben sich an der Verbilligung der Flotte beteiligt. (Sche wahnsinnig!) Der sozialdemokratische Redner verlogte den großen Aufwand für die Flotte. Aber die Sozialdemokraten bewilligen sie ja gar nicht. (Lachen und Jammern bei den Sozialdemokraten.) Aber bezahlen müssen wir sie! Die dreijährige Dienstzeit sollte beobehalten werden, sie ist auf vielen Schlachtfeldern erprobt, die zweijährige aber hat eine Probe noch nicht bestanden.

Abg. Hoff (SPD): Bringt Wünsche der Magazinäuscher vor und tritt für die freistellende Resolution auf Wahrung des Petitionsrechts der Beamten ein. (Klatsch und Jammern)

Staatssekretär v. Tirsip: Das Petitionsrecht ist gar nicht in Frage gestellt; in Wiel handelt es sich um eine nach meinem Empfinden ungünstige Kollektivierung einer Anzahl junger Beamten. Eine Beamtengruppe wäre wohl immer gut, ihre Wünsche nicht in einer Kollektivierung, sondern durch den Dienstältesten den Vorgesetzten zur Kenntnis zu bringen.

Hierauf verzog das Haus die Weiterberatung auf Montag 1. Uhr.

Schlüß: X5 Uhr.

Dubec
die beste 2½ Pflegartige

Xantos
Cigaretten.

mit Bar-Coupons

Wertkupon von 10 Pf.

Als Probe erhalten Sie gegen Auslobung dieses ausschneidenden

Coupons in jedem Geschäft

4 Stück Xantos-Dubec mit Bar-Coupons gratis

beim Einkauf von 10 Cigaretten dieser Marke.

Cigarettenfabrik Xantos, Dresden-J. 21.

Wo nicht erhältlich, geben wir Verkaufsstellen an.

